

E & W

Erziehung & Wissenschaft

Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW 05/2023



**SPORT
UNTERRICHT**

WAS MUSS SICH ÄNDERN?

AUFARBEITUNG

Ein deutsch-französisches Lehrkräfte-Fortbildungsprojekt setzt sich mit der NS-Geschichte auseinander. **Seite 32**

MEDIENBILDUNG

Kinder kommen immer früher mit digitalen Medien in Kontakt. Für Kitas ist das eine Herausforderung. **Seite 39**

TARIFABSCHLUSS
im öffentlichen Dienst
von Bund und Kommunen
Seite 22 ff.



Vorteile für
GEW-Mitglieder!



Dein Konto. Null Gebühren.

Das kostenlose
Girokonto¹
für alle bis 30.

50,–^{Euro}
Startbonus
für GEW-Mitglieder
und ihre Angehörigen

- ✓ **Keine Kontoführungs-
gebühr**
inklusive girocard
(Ausgabe einer Debitkarte)¹
- ✓ **BBBank-Banking-App**
Apple Pay, Multibanking-Funktion,
Foto-Überweisung und vieles mehr
- ✓ **Weltweit gebührenfrei²**
Geld abheben mit der
kostenlosen Visa DirectCard²
(Ausgabe einer Debitkarte)

 **Jetzt informieren**
in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon 0721 141-0,
E-Mail info@bbbank.de
und auf www.bbbank.de/gew

¹ Voraussetzungen: BBBank-Junges Konto mit Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen. Bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres. Danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto mit monatlichem Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.
² 36 Freiverfügungen am Geldautomaten pro Abrechnungsjahr; jede weitere Verfügung 1,50 Euro. Visa DirectCard (Ausgabe einer Debitkarte) ab 18 Jahren bonitätsabhängig möglich. Bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres 0,- Euro p. a., danach 18,- Euro p. a.



Einfach online abschließen:
www.bbbank.de/gew



INHALT

Impressum	3
Auf einen Blick	4
Prämie des Monats	5

Schwerpunkt

Sportunterricht – was muss sich ändern?

Marode Sportstätten: Der Lack ist ab	6
Sportlehrkräfte: Verwaltung des Mangels	10
Noten: Der überflüssige Kampf um Zentimeter	12
Ganztag: Wenn der Coach in die Schule kommt	16
Schwimmunterricht: Ausgeschwommen	20



Ergänzender Beitrag auf der GEW-Website:



Interview mit dem thüringischen Bildungsminister Helmut Holter über Schulnoten im Sportunterricht unter gew.de/ew-5-23

Tarif- und Beamtenpolitik

Tarifabschluss öffentlicher Dienst Bund und Kommunen 22



Schule

Abiturreform der KMK: Weichen falsch gestellt	26
Supervision für Lehrkräfte: Hilfe zur Selbsthilfe	29
Lehrkräftefortbildung: Gedenkstättenarbeit	32

Schule/Berufliche Bildung und Weiterbildung

Jugendliche ohne Abschluss: Auf dem Abstellgleis 36

Jugendhilfe und Sozialarbeit/ Medien

Kita: Mit Knete und Videokamera 39

fair childhood

Schule: „Kaum Zeit für faire Themen“ 42

Nachruf

Heinz Dörr: Unermüdlich, wegweisend, beharrlich 44

Mitgliederforum

45

Diesmal

48

Impressum

Erziehung und Wissenschaft · 75. Jg.
ehemals: Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung

Herausgeberin

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Vorsitzende: Maike Finnern

Redaktion

Ulf Rödde (Leitung), Jürgen Amendt, Katja Wenzel
Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0, Fax 069 78973-202

Gestaltung

Werbeagentur Zimmermann GmbH, Frankfurt am Main
www.zplusz.de

Verlag mit Anzeigenabteilung

Stamm Verlag GmbH, Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0, E-Mail: anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de

Anzeigenschluss: am 5. des Vormonats



Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers bzw. der Verfasserin gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Nutzungsrechte für digitale Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG unter www.presse-monitor.de.

Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Brutto-Bezugspreis p.a. 7,20 € zzgl. 11,30 € Zustellgebühr.

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

E&W im Web: www.gew.de/ew

GEW STARTET PETITION GEGEN LEHRKRÄFTEMANGEL

Der *Fachkräftemangel* trifft die Schulen hart: Über 80.000 Lehrkräfte könnten in Deutschland in den nächsten Jahren fehlen. Schon jetzt sind Tausende Stellen nicht besetzt. 80 Prozent der Schulen können ihre Schülerinnen und



Schüler nicht ausreichend beim Lernen unterstützen. Ein Drittel der Kinder und Jugendlichen zeigt deutliche Lernrückstände. Zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels hat die GEW ein 15-Punkte-Programm veröffentlicht (s. E&W 12-1/2022-23, 2/2023, 3/2023 und 4/2023) und ist darüber mit Politik sowie Kultusministerkonferenz (KMK) ins Gespräch gekommen. Um den Forderungen noch mehr Nachdruck zu verleihen, startete die GEW Mitte April gemeinsam mit dem Verein Campact eine Petition („Wir brauchen Lehrer*innen! Personalnot jetzt bekämpfen!“), die bei Drucklegung dieser E&W-Ausgabe schon mehr als 50.000 Menschen unterschrieben haben. Diese kann über folgenden Link unterzeichnet werden: <https://www.gew.de/gew-petition>.

EINKOMMEN ENTSCHIEDET

Kinder aus Elternhäusern mit weniger Geld und ohne Abitur gehen deutlich seltener zum Gymnasium als der Nachwuchs aus bessergestellten Haushalten mit Eltern, die Abitur haben. Das geht aus einer Mitte April veröffentlichten repräsentativen Umfrage des ifo-Instituts hervor. Nur etwa jedes fünfte Kind (21 Prozent) mit zwei Elternteilen ohne Abitur und einem Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 2.600 Euro pro Monat besucht demnach ein Gymnasium. Demgegenüber sind vier von fünf Kindern (80 Prozent) von Eltern, die beide Abitur haben und zusammen mehr als 5.500 Euro netto verdienen, Gymnasiasten. Ausschlaggebend für dieses Ergebnis sind der Untersuchung zufolge vor allem das Einkommen und der Bildungsabschluss der Eltern. Der Faktor Migrationshintergrund falle nicht besonders ins Gewicht, hieß es.

STAGNATION BEI DER AUSBILDUNG

Der Bereich der beruflichen Ausbildung hat sich von der Corona-Krise immer noch nicht erholt. Zwar stieg laut Statistischem Bundesamt die Zahl neuer Ausbildungsverträge im vergangenen Jahr leicht um 2.700 auf 468.900. Der starke Einbruch aus der Zeit der Corona-Pandemie wurde damit jedoch weiterhin nicht wettgemacht; im Vorkrisenjahr 2019 hatten noch 510.900 junge Menschen eine Ausbildung begonnen. Auch die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger verharrt auf einem relativ geringen Niveau. 2022 nahmen 474.900 Studienberechtigte erstmals ein Studium an einer deutschen Hochschule auf. Das waren 0,5 Prozent mehr als 2021, aber rund 7 Prozent weniger als 2019. Der leichte Anstieg sei, so das Statistische Bundesamt, „alleine von den ausländischen Erstimmatrikulierten getragen“ worden.

SOZIALWAHL 2023: WÄHLEN GEHEN!

Vom 12. bis 21. Mai werden bei allen Trägern der Sozialversicherung die Selbstverwaltungsgremien neu besetzt. In den Gremien sitzen Vertreterinnen und Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeber. Überall dort, wo es mehr Bewerberinnen und Bewerber als Plätze in den Gremien gibt, findet eine sogenannte Urwahl statt. Dies gilt beispielsweise für die Versicherten bei der Deutschen Rentenversicherung Bund. Direkt gewählt wird auch bei mehreren großen überregionalen Krankenkassen. Die Selbstverwaltungsgremien kontrollieren die Amtsführung der Vorstände. Es ist im Interesse aller Beschäftigten, dass nicht Spesenritter diese Posten bekleiden, sondern kompetente gewerkschaftliche Interessenvertreterinnen und -vertreter. Daher ruft die GEW, die selbst nicht kandidiert, ihre Mitglieder auf, sich an der Wahl zu beteiligen und gewerkschaftlichen Listen ihre Stimme zu geben. Gewählt werden kann online oder per Briefwahl.

In eigener Sache

In der Ausgabe 4/2023 der E&W ist uns in dem Artikel „Ein Bewusstseinswandel ist nötig“ (Seite 31 f.) ein bedauerlicher Fehler unterlaufen. Der in dem Artikel genannte Wissenschaftler der Goethe-Universität Frankfurt am Main heißt Pascal Annerfelt und nicht, wie irrtümlich geschrieben, Pascal Annerfeldt. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.

PRÄMIE DES MONATS



Mai: Fahrradtasche

Die sportliche Gepäckträgertasche bietet 25 Liter Stauraum, ist leicht und wasserdicht.
Mit dem praktischen Roll-up-Verschluss lässt sich das Volumen regulieren.



Mitmachen lohnt sich!
Ein neues GEW-Mitglied werben und
Deine tolle Prämie gleich online anfordern:
www.gew.de/praemie



Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordere den Prämienkatalog an!
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211 oder per Coupon:

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon in Druckschrift vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

DER LACK IST AB



CHRISTOPH RUF
freier Journalist

Defekte Lüftungen, Lecks im Becken und über all dem der Mief von Jahrzehnten – viele Schwimm- und Sporthallen in Deutschland sind in einem miserablen Zustand. Eine Reportage aus Nordrhein-Westfalen (NRW).

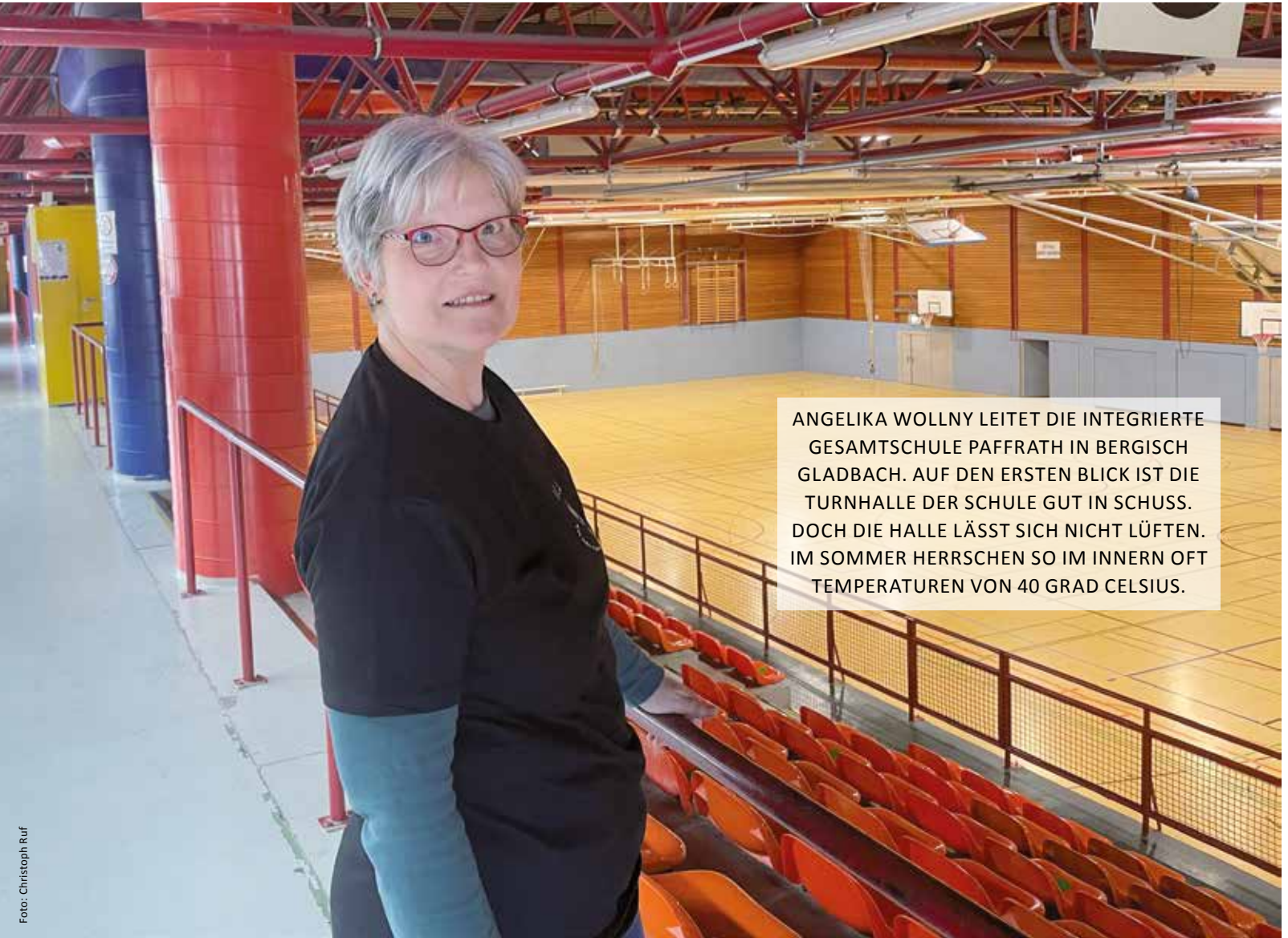
Man kennt den Trick aus dem Gebrauchtwagenhandel: Frischer Lack, dick aufgetragen, macht jede Schrottlaupe zur Luxuskarosse – jedenfalls so lange, bis man die Tür öffnet und die durchgerosteten Bodenbleche sieht. Ähnlich ist der Ablauf hier, auf dem Gelände der Integrierten Gesamtschule (IGS) Paffrath, die auf den ersten Blick einen hervorragenden Eindruck macht, wie sie da blitzblank in der Frühlingssonne glänzt. Dass an diesem ersten Eindruck etwas nicht stimmen könnte, wird allerdings klar, sobald man sich der Eingangstür nähert: „Kein Trinkwasser!“, steht da auf rechteckigen Aufklebern, die auf alle Fenster geklebt sind. Kein Trinkwasser?

„Tja, von außen sieht sie gut aus, unsere Schule“, sagt Direktorin Angelika Wollny, die einem nun gut gelaunt in ihrem Büro gegenüber sitzt. „Aber innen ist leider alles

marode.“ Das überrascht, schließlich ist die IGS eine Art Vorzeige-Gesamtschule der etwas mehr als 100.000 Einwohner zählenden Stadt Bergisch Gladbach (NRW). Die Abschlüsse in der IGS fallen gut aus, Jahr für Jahr muss Wollny Schülerinnen und Schüler ablehnen – die Schule platzt schon jetzt aus allen Nähten. Sie leitet die IGS schon viele Jahre. Seit ihrem ersten Arbeitstag, berichtet Wollny, komme braunes Wasser aus den Leitungen. „Nach dem Wochenende müssen wir eine halbe Stunde lang das Wasser laufen lassen, bis es allmählich klar wird.“ Im vergangenen Dezember brach dann alles zusammen. „Seither sind wir ganz ohne Trinkwasser.“ 40 Prozent der Schülertoiletten sind jetzt geschlossen, die für die Einrichtung so wichtige Lehrküche sowieso. Schwer gebeutelt ist auch die riesige Turnhalle. Dort riss ein Rohr, fatalerweise das für das Abwasser. Doch auch dieses wurde nur notdürftig geflickt. „Die komplette Haustechnik ist völlig marode, das wurde aber über Jahre ignoriert. Wie alles, was hier im Argen liegt.“

Duschen und Umkleidekabinen sind in einem beklagenswerten Zustand.

Wollny bittet nun in die Turnhalle. Und auch in der fallen die Mängel nicht sofort ins Auge: Die riesige Sportfläche wirkt neu gestaltet, die Tribünensitze sind in ordentlichem Zustand. Doch dann lenkt die Schulleiterin den Blick auf die dicken roten und blauen Lüftungsrohre an der Hallendecke: „Hübsch, nicht?“, fragt sie. „Nur dass die seit dem Baubeginn vor 30 Jahren noch nicht einen



ANGELIKA WOLLNY LEITET DIE INTEGRIERTE GESAMTSCHULE PAFFRATH IN BERGISCH GLADBACH. AUF DEN ERSTEN BLICK IST DIE TURNHALLE DER SCHULE GUT IN SCHUSS. DOCH DIE HALLE LÄSST SICH NICHT LÜFTEN. IM SOMMER HERRSCHEN SO IM INNERN OFT TEMPERATUREN VON 40 GRAD CELSIUS.

Tag funktioniert haben.“ Ein Schiebedach gibt es in der Riesenhalle nicht. Gelüftet werden solle deswegen, so der Rat der städtischen Experten, auf eher klassische Art und Weise. „Schauen Sie da hinten, die kleine Tür? Die sollen wir aufmachen. Und die auf der anderen Seite auch.“ Wollny muss lachen. „Das bringt natürlich gar nichts, wenn im Hochsommer in der Halle Temperaturen von bis zu 40 Grad Celsius herrschen.“

Dann führt sie den Gast noch in die Katakomben des riesigen Hallenkomplexes. Das ist dramaturgisch geschickt. Denn dass die Duschen und Umkleidekabinen in einem beklagenswerten Zustand sind, ist diesmal nun wirklich auf den ersten Blick zu erkennen: die Wände vollgeschmiert, der weiße Putz abgeblättert. Dazu ein übler Geruch, der seit Jahrzehnten in den dunklen engen Räumen überlebt zu haben scheint. Wollny zuckt die Schultern. „Na, habe ich zu viel versprochen?“ Dann wird sie ernst. „Egal, in welche Stadt sie gehen, egal, in welche Schulform. Alles ist runtergekommen, natürlich auch die

Sporthallen und Schwimmbäder. Wobei: Beim Schwimmen haben zumindest wir Glück.“

So ist es, denn nur 200 Meter neben der Schulumzäunung steht das moderne Paffrather Kombibad. Dorthin können die 1.300 Schülerinnen und Schüler zum Schwimmunterricht, ohne lange Anfahrten mit dem Bus, die vielerorts dafür sorgen, dass der Schwimmunterricht ganz ausfällt. „Wir können einfach kurz übergehen und die Zeit effektiv nutzen“, sagt Irmgard Broeckmann, die an der IGS Schwimmen unterrichtet. Und das freiwillig, zusätzlich zum Teilzeit-Deputat, wie Wollny erläutert: „Sie wollte einfach nicht hinnehmen, dass es in Klasse 6 noch Kinder gibt, die nicht mal das Seepferdchen schaffen würden.“

Dabei gehe jedes Kind gerne ins Wasser, davon ist Broeckmann überzeugt. „Und wenn man ihnen erst mal die Angst vorm Schwimmen genommen hat, ist das hier der wichtigste Termin der Woche für sie.“ Allerdings müsse man früh genug anfangen. „In der Puber- >>>



DAS STADTBAD IN SIEGEN HAT SCHON BESSERE TAGE GESEHEN. ES SOLL EINEM NEUBAU WEICHEN.

Fotos: Christoph Ruf

>>> tät ist es zu spät“, sagt sie. Sie wisse aber auch, wie privilegiert sie hier in Paffrath mit der Schwimmhalle in unmittelbarer Nachbarschaft seien. Broeckmann nennt das die „Wasserfrage“: „Ist überhaupt ein Bad erreichbar, damit die Kinder – elternunabhängig – schwimmen lernen können?“

Doch genau dies sei das Problem in Bergisch Gladbach, wo den meisten anderen Schulen nur das über 100 Jahre alte Hans-Zanders-Bad zur Verfügung steht, das allein für den Schulsport geöffnet wird. Es müsse aber immer wieder schließen, weil sich mal wieder irgendwo ein Leck aufgetan habe, sagt Wollny. Im Stadtteil Refrath wurde das alte Schwimmbad hingegen gerade abgerissen. Dass der Neubau wie geplant 2025 über die Bühne geht, glaubt hier niemand.

Der Sanierungsbedarf der Schwimmhallen in Deutschland wird auf vier bis 4,5 Milliarden Euro geschätzt.

Auch in der 100.000-Einwohner-Stadt Siegen soll das traditionsreiche Stadtbad Weidenau schon bald einem Neubau weichen. Die ältere Dame, die gerade ihre

Bahnen gezogen hat, gibt allerdings zu Protokoll, dass sie die Umsetzung „wohl nicht mehr erleben“ werde. Noch jedenfalls ist das Bad in alter, sehr alter Pracht geöffnet – oder auch nicht. „Kassenschluss 16 Uhr“, sagt die freundliche Kassiererin. Tags darauf, an einem Mittwoch, ist das Bad ganz geschlossen.

Immerhin bleiben in Siegen dann noch zwei andere Bäder, die mit jeweils mehrstündiger Unterbrechung tagsüber geöffnet sind: Auch im unweit des Bahnhofs gelegenen Bad am Löhrturn ist die Zeit stehengeblieben: In den Duschen sind die Kacheln ockergelb und braun, an den Innenseiten der Fenster ist der Lack großflächig abgeblättert. Man kann das alles mögen, liebenswert nostalgisch finden. Überhaupt kann man hier im Bad auch ganz einfach ein, zwei Kilometer schwimmen gehen, es ist sauber und hygienisch, die 3,50 Euro Eintritt fair kalkuliert. Doch in die Instagram-Welt vieler Jugendlicher passen Bäder wie das am Löhrturn eher nicht mehr. Ob man das nun ein stichhaltiges Argument findet oder nicht.

Die Bäder in Siegen und Bergisch Gladbach, die so marode sind, dass nur der Abriss bleibt, sind in Deutschland nicht die Ausnahme. Die „Bäder-Allianz Deutschland“, ein

Zusammenschluss von Schwimm- und Bäderverbänden, beziffert den Sanierungsbedarf der Schwimmhallen auf vier bis 4,5 Milliarden Euro. Noch nicht einberechnet sind da die Kosten, die bei einer konsequenten energetischen Sanierung anfallen würden. Oft sind es technische Mängel, die einen Weiterbetrieb der jahrzehntealten Bäder erst mal unmöglich machen. Häufig wird in den Kommunen aber auch gerne die knappe Kassenlage als Grund herangezogen, um Bäder gleich ganz zu schließen. „Ein paar Hundert Bäder“ seien in den vergangenen 20 Jahren verschwunden, heißt es bei der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG).

Auch in Gelsenkirchen gibt es das große, mitten in der Stadt gelegene „Zentralbad“ seit 2022 nicht mehr. Dass der Abriss unumgänglich war, hatte man zuvor in den Umkleiden ebenso gesehen (und gerochen) wie rund ums Becken. Immerhin, und darauf weisen sie im Rathaus stolz hin, wurde im Stadtteil Hassel jüngst ein kleines Lehrschwimmbecken in Betrieb genommen, das vier Millionen Euro gekostet hat. „Der Schulsport ist gesichert“, sagt Stadtsprecher Martin Schulmann. Nach dem Unterricht sieht es allerdings traurig aus. In Gelsenkirchen gibt es neben dem Freizeitbad zwei kleine Hallenbäder. Das im Stadtteil Buer ist zweieinhalb Stunden am Tag geöffnet, das im Stadtteil Horst kommt an Wochentagen auf durchschnittlich drei Stunden Öffnungszeit. Zu wenig, damit Kinder in ihrer Freizeit das Schwimmen weiter üben können. ■



DUSCHEN UND UMKLEIDEKABINEN DER TURNHALLE DER INTEGRIERTEN GESAMTSCHULE PAFFRATH SIND IN EINEM BEKLAGENSWERTEN ZUSTAND: DIE WÄNDE SIND VOLLGESCHMIERT, DER WEISSE PUTZ IST ABGEBLÄTERT.

SOLLTE. WÜRDE. KÖNNTE. MACHEN!

Sport macht glücklich, fit und hält gesund. Wann startest du?



sportdeutschland.de

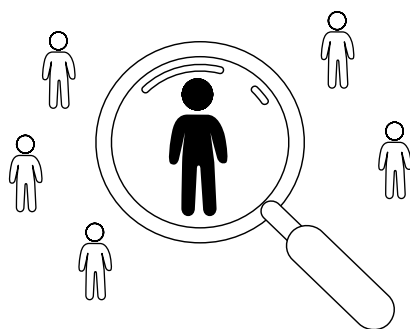


Flexibles Lernen mit dem ORBIT



www.rocket-edu.de

MÄNGELVERWALTUNG UND DEPROFESSIONALISIERUNG



NADINE EMMERICH
freie Journalistin

Der Sportunterricht an Schulen fällt nicht nur aus, weil Turn- und Schwimmhallen marode sind. Es fehlen auch viele Lehrkräfte. Die Folge: Sport wird oft fachfremd unterrichtet.

Sportunterricht als „Mängelverwaltung“ betitelte das ARD-Magazin „Sport inside“ jüngst einen Beitrag über den Schulsport. Der Bericht zeigt: Sportunterricht fällt aus oder findet vielerorts provisorisch statt. Weil viele Sporthallen marode sind, gibt es statt Ballspielen und Geräteturnen „Bewegungspausen“ im Flur des Schulgebäudes. Der Präsident des Deutschen Sportlehrerverbandes (DSLVB), Michael Fahlenbock, sagt: „Es fehlt die Wertschätzung.“

Und es fehlen qualifizierte Lehrkräfte. Wie viele genau lässt sich kaum beziffern. Die Statistiken und Prognosen zum allgemeinen Lehrkräftemangel reichen von derzeit mehr als 12.000 unbesetzten Stellen (laut Redaktionsnetzwerk Deutschland) über 31.000 fehlende Lehrkräfte

im Jahr 2030 (laut Kultusministerkonferenz) bis hin zu Schätzungen in Richtung 100.000 in den nächsten Jahren. Welchen Anteil dabei welche Fächer ausmachen – unklar. E&W schrieb alle 16 für den Schulsport verantwortlichen Ministerien an und fragte: Wie ist die Situation im Land? Was wird getan, um mehr Lehrkräfte für Sport zu gewinnen? Neun Bundesländer schickten Antworten. Weil diese mit Blick auf Inhalt und Ausführlichkeit jedoch sehr unterschiedlich ausfielen, ist ein konkreter Überblick oder Vergleich schwierig.

Stark verkürzt lässt sich sagen: Zwar haben etwa Hessen und das Saarland nach Angaben der Ministerien alle verfügbaren Stellen besetzt bzw. gar ein Überangebot an Bewerberinnen und Bewerbern. Da sich indes die meisten weiteren Länder, die sich auf die E&W-Anfrage zurückmeldeten, auf vielen Wegen um mehr Sportlehrkräfte bemühen, ist davon auszugehen, dass der Bedarf vielerorts längst nicht gedeckt ist.

Experte Fahlenbock ist zudem selbst dann skeptisch, wenn Sportunterricht den Ländervorgaben folgend regulär stattfindet. Bundesweit werde mehr als die Hälfte des Unterrichts von fachfremden Lehrkräften erteilt, kritisiert er. „Das ist aber häufig kein qualifizierter und lehrplangerechter Sportunterricht“, sagt der ehemalige Akademische Direktor Sportwissenschaft an der Bergischen Universität Wuppertal. „Insgesamt ist eine Deprofessionalisierung zu beobachten.“

WIE IN DEN MEISTEN ANDEREN
BEREICHEN FEHLEN AUCH IM
FACH SPORT BUNDESWEIT
LEHRERINNEN UND LEHRER.



Foto: IMAGO/Maximilian Koch



*Sportunterricht wird im Bedarfsfall
durch Vertretungslehrkräfte sowie weiteres
geeignetes Personal im Rahmen
von befristeten Anstellungsverhältnissen
erteilt.*



SCHULMINISTERIUM NORDRHEIN-WESTFALEN

Tatsächlich gibt zum Beispiel auch Hessen mit Blick auf die besetzten Stellen an: „Es sind aber nicht immer vollausgebildete Lehrkräfte. Deshalb gibt es Fort- und Weiterbildungsangebote.“ In Sachsen arbeiteten im Schuljahr 2021/22 insgesamt 932 Lehrkräfte ohne Lehrbefähigung im Unterrichtsfach Sport – grundständig ausgebildete Lehrkräfte, die aber nicht das Fach Sport studiert haben, sowie Seiteneinsteigende. Aus dem Schulministerium in Nordrhein-Westfalen (NRW) heißt es: „Sportunterricht wird im Bedarfsfall durch Vertretungslehrkräfte sowie weiteres geeignetes Personal im Rahmen von befristeten Anstellungsverhältnissen erteilt.“

Viele Bundesländer kooperieren zwar in verschiedenen Formen mit Sportvereinen, doch können ehrenamtliche

Übungsleitende nach Einschätzung von Fahlenbock nicht vollwertig Sportunterricht übernehmen: Es fehlten pädagogisches Wissen, Kompetenzen im Umgang mit heterogenen Lerngruppen und in unterschiedlichen Bewegungsfeldern – und die Zeit am Vormittag. Das GEW-Mitglied beobachtet aber auch: Viele Bundesländer bemühen sich inzwischen deutlich um mehr Sportlehrkräfte. In der Vergangenheit seien noch viele Lehramtsstudienplätze abgebaut worden – nicht aus Mangel an Interesse, sondern aus finanziellen Gründen. Ein Sportstudium anzubieten, ist teuer: Man braucht gute Sportstätten und ausreichend Personal, um kleine Gruppen zu unterrichten.

Für die GEW ist zugleich auch ein besserer Gesundheitsschutz dringlich. Faktoren wie Lärm und Klassengröße seien für Sportlehrkräfte noch mal belastender, sagt Schullehrerin Anja Bensing-Stolze mit Verweis auf eine Studie von Prof. Valerie Kastrup von der Universität Bielefeld. Demnach sind 25 Prozent der Sportlehrkräfte in NRW gesundheitlich gefährdet. Diese berichten von Kopfschmerzen und Stimmbandproblemen. Um mehr Lehrkräfte für den Schulsport zu gewinnen, müssten daher die Arbeitsbedingungen besser werden, stellt Bensing-Stolze fest. Viele Kolleginnen und Kollegen litten zudem unter dem geringeren beruflichen Ansehen des Fachs. ■

Ausführliche Informationen zur Situation und zu Maßnahmen in den Bundesländern sowie zum Thema Sportunterricht und Lehrkräfte unter gew.de/ew-5-23

DER ÜBERFLÜSSIGE KA



MPF UM ZENTIMETER



STEPHAN LÜKE
freier Journalist

Wenn es um Noten im Sportunterricht geht, scheiden sich die Geister. Viele halten sie für unangebracht. Doch es gibt auch Stimmen, die das anders sehen. Vorausgesetzt, es geht nicht nur um Zentimeter und Sekunden.

Professor Nils Neuber ist das, was man wohl einen „alten Hasen“ nennt. Nicht, was seine 56 Lebensjahre angeht. Vielmehr aber, was seine Erfahrung rund um den Sportunterricht in deutschen Landen anbetrifft. Er arbeitet als Leiter des Arbeitsbereichs Bildung und Unterricht im Sport und Geschäftsführender Direktor des Instituts für Sportwissenschaft (IfS) der Universität Münster. Zu seinen Schwerpunkten zählen die Bildungs- und Unterrichtsforschung, individuelle Förderung und Aufgabekultur, Ganztagsbildung und Bildungsnetzwerke sowie die Kompetenzentwicklung von Sportlehrkräften und Weiterbildung – alles mit Blick auf den Sport.

Rückmeldung zum individuellen Fortschritt

Die Debatte über das Für und Wider der Noten im Sportunterricht bringt ihn nicht aus der Ruhe: „So etwas kommt in Wellen immer wieder.“ Einen Sinn in der aktuellen Diskussion sieht er darin, sich bewusst zu werden, was Sportunterricht leisten kann – die Freude an Bewegung aufrecht zu erhalten. Wohlgemerkt, aufrecht zu halten, nicht zu wecken. „Denn jedes Kind ist von Natur aus erst einmal bewegungsfreudig“, sagt Neuber. Darüber hinaus gelte es, die Gesundheit und das soziale Gefüge zu stärken sowie die gesamte Entwicklung eines jungen Menschen durch Sport zu fördern.

>>>

>>> Tragen Noten dazu bei, diese naturgegebene Freude zu zerstören? „Nein“, versichert Neuber, „es ist die Art des Unterrichts, die Schülerinnen und Schülern die Lust verdirbt. Nicht irgendein vermeintlicher Leistungsdruck.“ Es sei nicht ausgeschlossen, dass in manchen Turnhallen entgegen der Vorgaben in den Curricula nach wie vor die Devise herrsche: höher, schneller, weiter. Das sei unter anderem darauf zurückzuführen, dass die meisten Sportlehrkräfte selbst aus dem Leistungssport kämen. „Doch dann ist es unsere Aufgabe, in der Ausbildung darauf hinzuwirken, dass Sportunterricht andere Funktionen übernimmt als nur herausragende Werte notieren zu können. Die Lehrkräfte müssen den Unterricht entsprechend konzipieren“, glaubt er. In Münster sensibilisieren sie die angehenden Lehrkräfte dafür, nicht nur auf Leistung zu schauen. Dazu erhalten diese im Didaktik-Seminar einen Text zu dem Thema und sollen ihre Erkenntnisse in ein praktisches Angebot für die Sportstunde einfließen lassen. „Dabei wird ihnen bewusst, dass unsere Gesellschaft und Kultur stark vom Leistungsgedanken geprägt werden. Doch sie erkennen auch, wie unterschiedlich man mit den Leistungsvergleichen umgehen kann.“ Es sei besser, die individuelle Leistungssteigerung zu bewerten. Dass bedeute etwa, dass derjenige, der am weitesten springe, nicht automatisch die beste Note erhalte. Neuber plädiert dafür, stärker als bisher beispielsweise Ergebnisse einer Gruppe, in die alle ihre ureigenen Stärken einbringen können, zu beurteilen. „Leistung und Noten haben ihre Berechtigung“, legt sich Neuber fest. Doch diese solle erstens die individuelle Steigerung, zweitens den pädagogischen Aspekt, sich in der Gruppe einzubringen, sowie drittens den kognitiven Anteil (etwa eine Darstellung über Aufwärmübungen) berücksichtigen. „Außerdem“, so fragt er, „warum soll jemand, der in Mathe gut ist, dafür eine gute Note feiern, derjenige aber, der besonders sportlich ist, darauf verzichten müssen?“

Körperliche Diversität und ihre Folgen

Seinem letzten Argument widerspricht Pauline Weber, eine 19-jährige Schülerin aus Sachsen. Sie ist überzeugt: „Allein schon die körperlichen Unterschiede machen eine faire Benotung unmöglich.“ Wichtig ist ihr: „Bei manchen Übungen geht es auch darum, ob ich Angst habe und wie

stark ich dabei beispielsweise auf die Hilfestellung der Lehrkraft oder Mitschülerinnen und Mitschüler vertraue, mich darauf einlasse. Das aber kann und darf nicht in eine Note einfließen.“

Die körperliche Diversität hebt auch die Sportdidaktikerin Prof. Julia Hapke (Uni Tübingen) hervor. Sie betont, dass neben der Diversität die Vorerfahrungen, die Schülerinnen und Schüler beispielsweise durch Aktivitäten im Sportverein mitbringen, eine bedeutsame Rolle spielen. Sie teilt die Auffassung Neubers, dass eine Rückmeldung wichtig sei. In die Leistungsbewertung im Sportunterricht sollten verschiedene Kriterien einfließen – jeweils abhängig von den angestrebten Lernzielen. Diese Kriterien müssten nicht automatisch die gleichen sein wie die, die im außerschulischen Sport angelegt werden. Im Gespräch mit dem Deutschen Schulportal nennt sie beispielsweise auch die Kreativität.

„Kinder müssen heile bleiben.“

Nach Auffassung von Ole Stratmann allerdings „braucht es keine Noten“. Der Vorsitzende der Sportkommission der GEW auf Bundesebene ist überzeugt: „Die Starken macht ein ‚sehr gut‘ nicht stärker. Kinder ohne Affinität zum Sport laufen durch die Note auch nicht schneller. Für sie entsteht nur zusätzlicher Druck.“

Die Problematik des Sportunterrichts sieht auch er in mitunter fehlenden Konzepten, die die Unterschiedlichkeit der Schülerinnen und Schüler berücksichtigen. Als Sportlehrer fordert er solche, um Beschämungen zu vermeiden: „Die Kinder müssen heile bleiben, sonst bewegen sie sich auch später nicht.“ Mit pädagogischer Fachlichkeit könne man das bewirken.

Einer, der diese mitbringt, ist Kai Veenhuis. Seit fünf Jahren unterrichtet er am Evangelischen Gymnasium Nordhorn (Niedersachsen). Er weiß sich mit vielen Fachkolleginnen und -kollegen einig: „Wir brauchen keine Noten.“ Veenhuis weiß aber auch, dass Eltern sowie viele Schülerinnen und Schüler geradezu nach Zifferbeurteilungen „lechzen“. Darum sei es wichtig, „einen schönen Weg der Rückmeldung, beispielsweise durch Aussagen zur Kompetenzentwicklung“ zu finden. Aber er warnt: „Das Standing des Faches könnte ohne Noten sinken.“ ■

HELFFEN SIE MÄDCHEN, SICH ZU **ENTFALTEN.**

Mit einer Patenschaft
Mädchenrechte stärken.



Werden Sie Pat:in!
[plan.de](https://www.plan.de)



Gibt Kindern eine Chance

WENN DER COACH IN DIE SCHULE KOMMT

JEANNETTE GODDAR
freie Journalistin

Sportvereine sind im Ganztage die häufigsten Partner der Schulen. Doch die Frage, wie eine Zusammenarbeit mit guter Qualität gelingen kann, ist nicht überall beantwortet. Berlin sammelt seit 20 Jahren Erfahrungen.

Mit dem Ausbau der Ganztagschulen sind viele gefragt, die Sportvereine jedoch ganz besonders. Schon für die Jahre 2012 bis 2015 identifizierte die Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen (SteG) die Vereine „über alle Schulgruppen hinweg als die häufigsten Partner“. Die Kooperation ist jedoch kein Selbstläufer. Vor allem in früheren Jahren witterten die Sportvereine in der Ganztagschule Konkurrenz: Wer nachmittags in der Schule ist, kann schlecht in den Fußballclub kommen. Zugleich tun sich vor allem ehrenamtliche Übungsleiterinnen und -leiter oft schwer mit den Uhrzeiten der Schul-AGs. Um die Arbeit zu erleichtern, haben viele Bundesländer in den zurückliegenden Jahren Ratgeber, Handreichungen oder Leitfäden entwickelt, die Titel wie „Sport macht Schule“ oder „Sportverein & Ganztagschule“ tragen.

In Berlin gehört die Ganztagschule schon lange zur Normalität. So machten sich etwa Basketball-Coaches schon 2005 auf den Weg in die Schulen. „Fußball ist nahezu omnipräsent. Wir wollten Kinder und Jugendliche an eine Sportart heranführen, mit der sie nicht automatisch in Kontakt kommen“, sagt Philipp Hickethier, Leiter Bildung & Soziales bei Alba Berlin. >>>

PROFIVEREINE WIE DER BASKETBALLCLUB ALBA BERLIN ODER DIE FUSSBALLER DES FC UNION BERLIN KOOPERIEREN SEIT VIELEN JAHREN MIT SCHULEN.





Foto: IMAGO/Camera 4

>>> Heute bietet der Basketballverein in 76 Grund- und 18 Oberschulen mehr als 200 Arbeitsgemeinschaften an; rund 170 Teams treffen in einer Grundschul- und einer Oberschulliga aufeinander. Seit rund zehn Jahren sind in dem Modellprojekt „Profivereine machen Schule“ in Kooperation mit der Senatsbildungsverwaltung alle sechs großen Hauptstadt-Clubs – also neben Alba auch Hertha BSC, 1. FC Union, Fuchse, Eisbären und Berlin Recycling Volleys – eingebunden.

Eine gute Kommunikation zwischen Schulen und Vereinen ist wichtig.

Dem Gedanken, die Vereine wollten in erster Linie Mitglieder rekrutieren, tritt Hickethier entschieden entgegen: „Zu Beginn mag das eine Rolle gespielt haben. Doch längst geht es uns vor allem darum, Kinder und Jugendliche in Bewegung zu bringen.“ Der Alba-Vertreter verweist auf die gravierenden motorischen Defizite, die während der Corona-Pandemie sogar noch zugenommen haben. Der Basketballverein war auch am Start, als die Sporthallen geschlossen waren: An Werktagen lud der Verein eine „Digitale Sportstunde“ auf YouTube hoch, an der Kita-Kinder sowie Schülerinnen und Schüler von zu Hause aus teilnehmen konnten.

An den meisten Schulen werden die Alba-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter an der Jahresplanung beteiligt und sind bei den Fachschaftskonferenzen Sport dabei. „Regelmäßige Kommunikation ist zentral“, sagt Hickethier, „nur wenn wir wissen, was im Sportunterricht läuft, und die

Lehrkräfte unsere AGs kennen, können wir uns abstimmen.“ Noch besser gelingt das in jenen 33 Schulen, in denen die Alba-Coaches – die beim Verein fest angestellt sind und aus den Etats der Schulen kofinanziert werden – zusammen mit Lehrkräften den Sportunterricht begleiten.

Für die Ausbildung gibt es eine vereinseigene Akademie; das Curriculum wurde von einem Sportdidaktiker der FU Berlin mitentwickelt. „Es kommt mitunter vor, dass schulische Akteure unsere pädagogische Kompetenz in Frage stellen“, sagt Hickethier, „uns hingegen ist unsere große Verantwortung in diesem Bereich absolut bewusst, und wir nehmen diese sehr ernst.“

Seit 2010 bietet die Sportschule des Landessportbundes (LSB) Berlin eine Lizenzausbildung „Sport im Ganztage“ an. „Das ist eine Lizenz, die sowohl auf die spezielle schulische Welt zugeschnitten ist als auch den Richtlinien des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) entspricht“, erklärt Christoph Stegemann, Pädagogischer Mitarbeiter der Sportschule. Entwickelt wurde sie in Kooperation mit der Senatsbildungsverwaltung und der Sportjugend Berlin, genehmigt vom DOSB. In 30 Lehreinheiten à 45 Minuten werden die Teilnehmenden auf Schulrecht und Vereinsangebot, soziales Lernen im Ganztage und Umgang mit heterogenen Gruppen vorbereitet; für weitere 30 Lehreinheiten wählen sie Angebote, die von Sportklettern und Hip-Hop bis zum Kinderschutz im Sport reichen. Der Übungsleiter „Sport im Ganztage“ ist eine B-Lizenz, steht also über dem Übungsleiter C Breitensport. Verpflich-



FRÜHER SAHEN SPORTVEREINE GANZTAGSSCHULEN ALS KONKURRENZ. MANCHE MEINEN DAS AUCH NOCH HEUTE: WER NACHMITTAGS IN DER SCHULE IST, KANN SCHLECHT IN DEN FUSSBALLCLUB KOMMEN.



Was nicht passieren darf, ist, dass der Sportunterricht eines Tages outgesourct wird.



OLE STRATMANN,
VORSITZENDER DER GEW-SPORTKOMMISSION

tend ist eine Teilnahme an dem Angebot nicht. Dem LSB jedoch liegt daran, dass das Angebot angenommen wird. Für Übungsleiterinnen und -leiter mit dieser Lizenz könnten Vereine einen Zuschuss beantragen, erläutert Stegemann.

„Wenn das eine pädagogisch runde Sache ist und nicht wie meist im Verein vor allem die Leistung im Fokus steht, können Sportvereine den Schülerinnen und Schülern durchaus etwas bieten“, attestiert Ole Stratmann, Vorsitzender der GEW-Sportkommission. Jedoch macht er auch auf ein „Schreckgespenst“ aufmerksam. „Was nicht passieren darf, ist, dass der Sportunterricht eines Tages outgesourct wird“, sagt der Sportlehrer aus Bremen, wo die Universität das Lehramt Sport 2007 schon einmal für einige Jahre eingestellt hatte.

Außerdem fordert Stratmann: Auch im Ganztage dürfe Schule weder die Verantwortung noch den Bildungsauftrag abgeben. „Wir brauchen ein rhythmisiertes Modell, in dem Sportangebote stets in gemeinsamer Verantwortung stattfinden.“

Alba Berlin ist unterdessen bereits einen großen Schritt weiter: Seit 2020 ist der Verein Träger der ergänzenden Förderung und Betreuung – so wird diese im Berliner Schulgesetz beschrieben – an der Albert-Gutzmann-Schule im Stadtteil Wedding. Das bedeutet, dass Alba nicht nur – außerunterrichtliche – Sportangebote macht, sondern auch die externen Kooperationen zum Beispiel zu Musik, Kunst und Theater organisiert. Auch alle Erzieherinnen und Erzieher, die die Schülerinnen und Schüler von der 1. bis zur 6. Klasse begleiten, sind beim Verein angestellt. Hickethier: „Wenn wir die schulischen Fachkräfte für unsere Ideen gewinnen und mit den Eltern über die Bedeutung von Bewegung ins Gespräch kommen wollen, müssen wir uns selbst in die Schulentwicklung einbringen.“ ■

Infos rund um die GEW-Sportkommission unter gew.de/ew-5-23

Für Lehrer*innen und andere pädagogische Kräfte

Lehrerkalender · Zensurenhefte

Gemeinsames Lernen · Förderpläne

Elterngespräche

Schülerbeobachtungen

Betriebspraktika · Lerntagebuch

Aufgabenhefte · Schreiblernhefte

Für Lehrkräfte und alle anderen pädagogischen Fachkräfte, für Schulen, für Kindertageseinrichtungen und die Erzieherinnen

FL & L SCHULORGANISATION
www.schulorganisation.com

und Erzieher zur Eigenorganisation und zur Unterstützung der täglichen Arbeit im Unterricht und in der Gruppe.

Gruppentagebuch · Anwesenheitslisten

Erzieher*innenkalender

Betreuung von Kleinstkindern

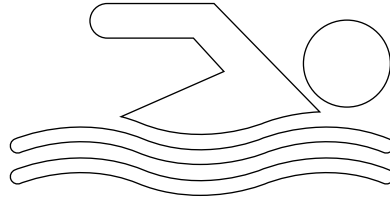
Windelheft · Elterngespräche

Kinderbeobachtungen

Aushänge zu Hygiene und Gesundheit

Für Erzieher*innen

AUSGESCHWOMMEN



CHRISTOPH RUF
freier Journalist

Immer mehr Grundschul Kinder können nicht schwimmen. Mit fatalen Folgen für Gesundheit und soziales Leben der Mädchen und Jungen.

Die Zahlen sind alarmierend: Der Anteil der Grundschul Kinder, die nicht schwimmen können, hat sich seit 2017 von 10 auf 20 Prozent verdoppelt. Das ist umso schlimmer als beim Schwimmen gilt, dass Hans nicht mehr lernt, was Hänschen versäumt hat. „Die Bereitschaft, das im Erwachsenenalter nachzuholen, ist schwach ausgeprägt und nimmt mit steigendem Alter immer weiter ab“, sagt Martin Holzhausen, Sprecher der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), der mit 580.000 Mitgliedern größten freiwilligen Wasserrettungsorganisation der Welt.

Das hat dramatische Folgen: 2022 sind in Deutschland mindestens 355 Menschen ertrunken, ein Plus von 19 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Unter den Todesfällen waren auch 20 Kinder im Alter bis zu zehn Jahren. Die hohe Zahl erklärt sich auch dadurch, dass Menschen, die nicht schwimmen können, deswegen nicht automatisch dem Wasser fernbleiben. Rettungskräfte berichten, dass einige ertrinken, weil sie sich zu weit ins Wasser

trauen oder am Uferrand ausrutschen, andere, weil sie vom Tretboot oder Stand-Up-Paddle-Board fallen. Traurig ist auch der soziale Aspekt. Laut einer Forsa-Studie kann jedes fünfte zehnjährige Kind nicht schwimmen, bei den Kindern aus Familien mit einem verfügbaren Netto-Haushaltseinkommen von weniger als 2.500 Euro monatlich ist es hingegen jedes zweite. Bei jungen Muslima ist der Anteil der Nichtschwimmerinnen am höchsten.

Besorgniserregend sind die schleichenden Folgen der fehlenden Schwimmkompetenz wie Fettleibigkeit (Adipositas) oder Herz-Kreislauf-Probleme. Das gilt für alle Sportarten, nicht nur fürs Schwimmen. Doch hier ist es besonders fatal, wenn sich Jugendliche nicht sicher über Wasser halten können. Wer nicht gut Fußball spielt, kann trotzdem im Freibad mitkicken und verbrennt Kalorien. Wer nicht schwimmen kann, geht hingegen oft gar nicht erst mit zum Badesee.

Das in allen 16 Landesbildungsplänen formulierte Ziel, dass alle Kinder im Alter von zwölf Jahren schwimmen können sollen, wird flächendeckend verfehlt.

Dass die Schwimmkompetenz bei Kindern auf einem Rekord-Niedrigniveau liegt, hat mehrere Gründe. Da wäre nicht zuletzt die Corona-Pandemie, während der die Bäder geschlossen waren. Seither fehlen laut DLRG fast zwei komplette Jahrgänge an Schwimmmeistern und Rettungsschwimmern. Gut 3.000 Stellen sind nicht



DIE SCHWIMMKOMPETENZ DER KINDER IN DEUTSCHLAND IST SO NIEDRIG WIE NIE. DAFÜR GIBT ES VIELE GRÜNDE: GESCHLOSSENE SCHWIMMBÄDER, FACHKRÄFTEMANGEL UND ZULETZT AUCH DIE CORONA-PANDEMIE.

besetzt, es fehlt allerorten an Personal, das Schwimmkurse leiten kann. Auch das Bädersterben schlägt voll durch. Schon vor 15 Jahren lag bei jeder vierten Grundschule das nächstgelegene Schwimmbad zu weit entfernt, als dass Schwimmunterricht hätte angeboten werden können. Seither sind bundesweit noch einige Hundert Bäder mehr geschlossen worden. Oder sie wurden privatisiert und in Spaßbäder umgewandelt. Als Ort, an dem sich Jugendliche verabreden, um ein paar Bahnen zu ziehen, fallen diese aber aus. Der Personalmangel trifft zudem derzeit auch Kommunen, in denen die Schwimm-Infrastruktur noch halbwegs komfortabel ist. Beispiel Karlsruhe: Die 300.000-Einwohner-Stadt hat vier Freibäder. Da erneut nicht genug Personal geworben werden konnte, bleibe im kommenden Sommer wohl ein Bad ganz zu, fürchtet Bäderchef Oliver Sternagel. Oder im größten Schwimmbad der Stadt, das an heißen Tagen schon mal 8.000 Menschen besuchen, werde eins von fünf Becken geschlossen: das Schwimmerbecken, natürlich.

Auch die Defizite beim Schwimmunterricht verschärfen das Problem. Das in allen 16 Landesbildungsplänen formulierte Ziel, dass alle Kinder im Alter von zwölf Jahren schwimmen können sollen, wird flächendeckend verfehlt. Zwar konnte und kann Schulsport alleine keine Top-Schwimmer ausbilden. Ein Kind, das in seiner Freizeit keinen Sport macht oder sich nicht gerne bewegt, wird in zwei Wochenstunden nicht zum sicheren Schwimmer. Doch für viele Erwachsene, die heute gerne schwimmen, war einst der Schulunterricht die Initialzündung. Umso fataler sind auch hier die Folgen des Lehrkräftemangels. Gerade im Grundschulbereich wird Sport oft fachfremd unterrichtet. Doch wer keine „Rettungsschwimmer“ hat, darf keinen Schwimmunterricht geben. Auch das ist ein Grund, warum dieser dann so oft ausfällt. Ein anderer Grund liegt auf der Hand: In einem Land, in dem es immer weniger Bäder gibt, müssen immer mehr Schülerinnen und Schüler lange Strecken mit dem Bus zurücklegen, abzüglich Duschen und Umziehen bleibt dann von einer Doppelstunde Unterricht häufig nicht einmal mehr eine halbe Stunde übrig. ■



SPÜRBAR MEHR GELD

ABTEILUNGEN PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITS-
ARBEIT SOWIE TARIF- UND BEAMTENPOLITIK DES
GEW-HAUPTVORSTANDES

In der vierten Runde der Tarifverhandlungen für die im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen Beschäftigten haben sich Gewerkschaften und Arbeitgeber auf einen Abschluss verständigt: Kernelemente sind ein Inflationsausgleichsgeld und eine Gehaltserhöhung.

Die GEW hat das Tarifergebnis als „guten Kompromiss“ bezeichnet. „Die Beschäftigten haben ab Juni deutlich mehr Geld in der Tasche, um die aktuellen Preissteigerungen auffangen zu können. Ab März 2024

werden die Reallöhne stabilisiert, denn die Gehälter steigen spürbar. Das ist angesichts der Rekordinflation auch dringend notwendig“, sagte GEW-Vorsitzende Maïke Finner nach Abschluss der Verhandlungen im April in Potsdam. „Die Schlichtungsempfehlung vom 15. April war – trotz Licht und Schatten – eine gute Verhandlungsgrundlage für die vierte Runde. Sie hat Bewegung in die Verhandlungen und gegenüber den letzten Vorschlägen der Arbeitgeber substanzielle Verbesserungen gebracht.“ GEW-Tarifchef Daniel Merbitz hob die Bedeutung der Aktivitäten der Beschäftigten hervor: „Die Streiks waren erfolgreich! Gegenüber den Angeboten der Arbeitgeber in den ersten drei Verhandlungsrunden haben wir noch einmal kräftig zulegen können und Gegenforderungen der Arbeitgeber abgewehrt.“

So sieht das Tarifergebnis aus:

1.240 Euro Inflationsausgleichsgeld gibt es im Juni 2023. In den Monaten Juli 2023 bis einschließlich Februar 2024

gibt es dann monatliche Sonderzahlungen in Höhe von 220 Euro. Die Zahlungen aus dem Inflationsausgleich summieren sich auf insgesamt 3.000 Euro. Sie sind steuer- und abgabenfrei.

Die Gehälter steigen ab dem 1. März 2024 um 200 Euro (Sockelbetrag) und dann auf der neuen Gehaltssumme aufsetzend um 5,5 Prozent. Wenn diese Erhöhung 340 Euro nicht erreicht, wird das alte Gehalt um 340 Euro aufgestockt. Auszubildende sowie Praktikantinnen und Praktikanten erhalten im Juni dieses Jahres einen Inflationsausgleich in Höhe von 620 Euro, von Juli 2023 bis einschließlich Februar 2024 monatlich 110 Euro sowie ab dem 1. März 2024 eine Gehaltssteigerung von 150 Euro monatlich.

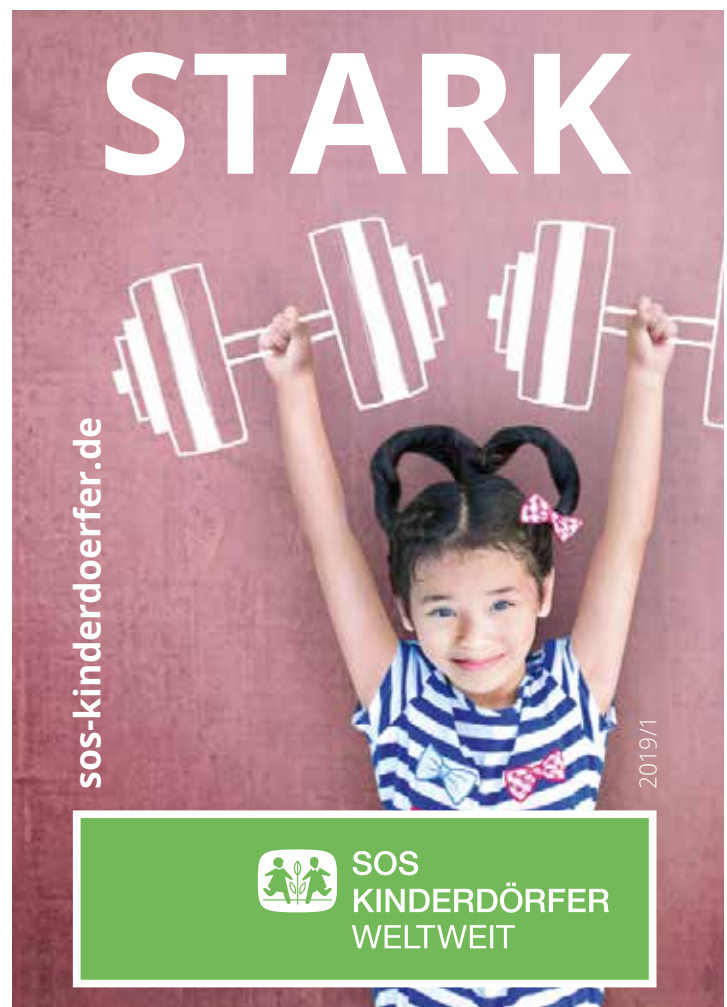
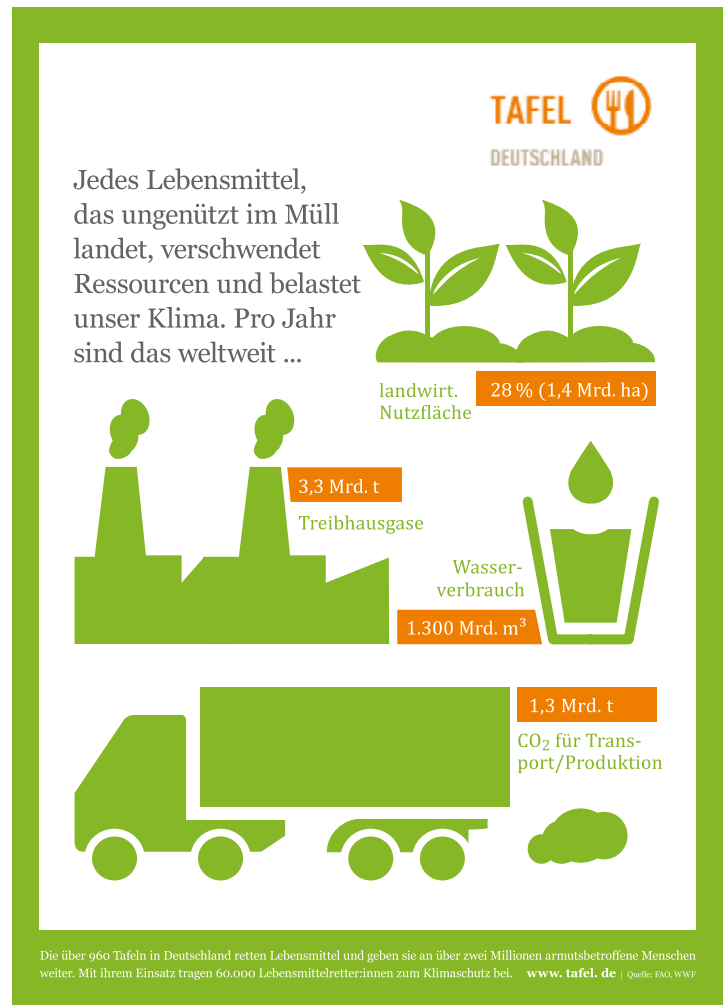
Die Laufzeit des Tarifvertrages beträgt zwei Jahre (rückwirkend vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2024). Die Tarifeinigung soll zeit- und wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Pensionärinnen und Pensionäre übertragen werden.

Die Gewerkschaften haben für rund 2,5 Millionen Beschäftigte verhandelt. Im Organisationsbereich der GEW für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsbereich, beispielsweise für Erzieherinnen und Erzieher sowie Sozialarbeiterinnen und -arbeiter. Das Ergebnis der Tarifrunde gilt auch für Beschäftigte an bundesunmittelbaren Forschungseinrichtungen und Bundeswehrfachschulen sowie für die kommunalen Lehrkräfte in Bayern. Weitere Beschäftigte profitieren indirekt vom Tarifergebnis. Das trifft dann zu, wenn der Arbeitgeber den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen (TVöD) anwendet oder sich an ihm orientiert wie einige kirchliche oder freie Träger. Die Verhandlungsführerschaft für die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) hatte bei diesen Verhandlungen ver.di.

Der Tarifabschluss gilt nicht für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder wie Lehrkräfte an den Schulen. Für diese Kolleginnen und Kollegen verhandeln Gewerkschaften und Arbeitgeber im Herbst 2023 über mehr Gehalt.

Licht und Schatten

Den Gewerkschaften war es in Zeiten steigender Preise besonders wichtig, dass alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen von dem Tarifergebnis profitieren. Deshalb haben sie auf Sonderforderungen für einzelne Beschäftigtengruppen verzichtet. So >>>



Freudvoll

Und damit Ihr, liebe E&W-Leserinnen und -Leser, nachvollziehen könnt, dass Tarifverhandlungen nicht nur harte Arbeit sind, sondern so richtig viel Spaß machen können, haben wir aus dem Tarifvertrag zwei Sätze zum Zungeschmalzen herausgepickt. Ganz nebenbei zeigen diese sprachlichen Kronjuwelen – wenn auch ungewollt –, warum es in Deutschland nie, nie möglich sein wird, die Steuererklärung auf einem Bierdeckel zu machen:

¹Anspruch auf Entgelt im Sinne des § 2 Absatz 1 bzw. § 4 Absatz 1 bzw. § 5 Absatz 1 bzw. § 6 Absatz 3 TV-V und § 11 TV-Fleischuntersuchungsergebnisse und der Anspruch auf Krankengeldzuschuss (§ 22 Absatz 1 S. 1 TV-V bzw. § 13 Absatz 1 S. 2 TV-V und § 12 TV-Fleischuntersuchungsergebnisse dieser wegen der Höhe der Barleistungen des Sozialversicherungsgesetzes gezahlt wird.

Die Entgeltbestandteile nach § 8 Absatz 1 Satz 1, 1. Halbsatz, Absatz 2 Satz 1, Absatz 5 Satz 2 Buchstabe a bis d, Absatz 10 Satz 1 und § 9 Satz 2 Buchstabe a bis d TV-Fleischuntersuchung sowie die Begrenzung der Entgeltsummen nach § 8 Absatz 7 Buchstabe a bis c TV-Fleischuntersuchung werden zu denselben Zeitpunkten wirkungsgleich erhöht.

>>> konnten auch Gegenforderungen der Arbeitgeber nach Sonderopfern für bestimmte Bereiche abgewehrt werden. Für alle gibt es eine spürbare Gehaltssteigerung. Das schließt auch die Kolleginnen und Kollegen im Sozial- und Erziehungsdienst mit ein, die seit Jahren immer wieder tatkräftig mit auf der Straße stehen und streiken, also etwa Erzieherinnen und Erzieher, Beschäftigte in den Werkstätten für Menschen mit Behinderung, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sowie Kita-Leitungen. Für eine Erzieherin in der Entgeltgruppe 8a in der Erfahrungsstufe 5 bedeutet der Tarifabschluss eine langfristig wirkende Gehaltssteigerung um rund 11,1 Prozent, für einen Sozialarbeiter (Entgeltgruppe S 11b, Erfahrungs-

stufe 4) erhöht sich das Gehalt um knapp 10,6 Prozent; eine Kita-Leiterin in Entgeltgruppe 13 und Erfahrungsstufe 4 hat brutto zirka 10,5 Prozent mehr.

Wer erhält den Inflationsausgleich?

Den Inflationsausgleich 2023, der im Juni ausgezahlt wird, erhalten Beschäftigte unter folgenden Bedingungen: Erstens muss ihr Arbeitsverhältnis am 1. Mai 2023 bestanden haben. Zweitens müssen die Beschäftigten an mindestens einem Tag zwischen dem 1. Januar 2023 und dem 31. Mai 2023 Anspruch auf Gehalt gehabt haben. Die monatlichen Sonderzahlungen, die von Juli 2023 bis einschließlich Februar 2024 ausgezahlt werden, erhalten

3 Absatz 1 Satz 3 sind
er in § 21 Satz 1 TVöD
ng genannten Ereignis-
2 Absatz 2 und 3 TVöD
suchung), auch wenn
rsicherungsträgers nicht

die Beschäftigten mit dem Entgelt des jeweiligen Monats. Anspruch haben diejenigen, bei denen in dem entsprechenden Monat ein Arbeitsverhältnis besteht und die an mindestens einem Tag im Monat gearbeitet haben. Beschäftigte im Mutterschutz, in der Entgeltfortzahlung oder mit Anspruch auf Krankengeldzuschuss und auf die die oben genannten Voraussetzungen zutreffen, haben ebenfalls

Anspruch auf den Inflationsausgleich 2023 und die monatlichen Sonderzahlungen. Auch Teilzeitbeschäftigte erhalten die Inflationsausgleichszahlung. Sie bekommen sowohl den Inflationsausgleich 2023 wie auch die monatlichen Sonderzahlungen anteilig nach ihrem Beschäftigungsumfang. Stichtag für beide Berechnungen ist der Teilzeitumfang am 1. Mai 2023. Bei Fragen können sich GEW-Mitglieder an ihren jeweiligen Landesverband wenden.

Was ist mit der Altersteilzeit?

Die Altersteilzeitregelungen in den Tarifverträgen zur flexiblen Arbeitszeit für ältere Beschäftigte (TVFlexAZ

VKA und TV FALTER Bund) sind Ende des Jahres 2022 ausgelaufen. Die Gewerkschaften wollten die tariflichen Regelungen wieder in Kraft setzen und verlängern. Leider konnten sie sich an diesem Punkt nicht gegen die Arbeitgeber durchsetzen, die die Fortsetzung ablehnten. Für die Gewerkschaften ist das nicht nachzuvollziehen, denn die tariflichen Regelungen tragen dazu bei, dass Beschäftigte gesund bis zur Rente arbeiten können.

Das Tarifergebnis steht – und nun?

Die Tarifvertragsparteien einigten sich auf eine Erklärungsfrist für die Zustimmung zu dem Verhandlungsergebnis bis zum 17. Mai 2023. Die GEW nutzt diese Zeit, um mit ihren Mitgliedern über das Tarifergebnis zu diskutieren. Die Landesverbände laden ihre Mitglieder zu lokalen und regionalen Versammlungen und Videokonferenzen ein, um den Tarifabschluss gemeinsam zu bewerten. Nach Ablauf der Erklärungsfrist beginnen die Redaktionsverhandlungen, sofern weder Arbeitgeber noch Gewerkschaften eine Ablehnung erklärt haben. In den Redaktionsverhandlungen wird der genaue Wortlaut der Tarifverträge zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern abgestimmt.

Durch die Laufzeit von 24 Monaten beginnt die nächste Tarifrunde für Bund und Kommunen im Frühjahr 2025. Dann verhandeln Gewerkschaften und Arbeitgeber wieder unter anderem über Gehaltserhöhungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen. ■

DER TARIFABSCHLUSS IM ÜBERBLICK

in 06/2023

1240 € NETTO

**EINMALIGER
INFLATIONS-AUSGLEICH**

ab 07/2023

220 € NETTO

**MONATLICHE
SONDERZAHLUNG
bis 02/2024**

ab 03/2024

+ 200 €

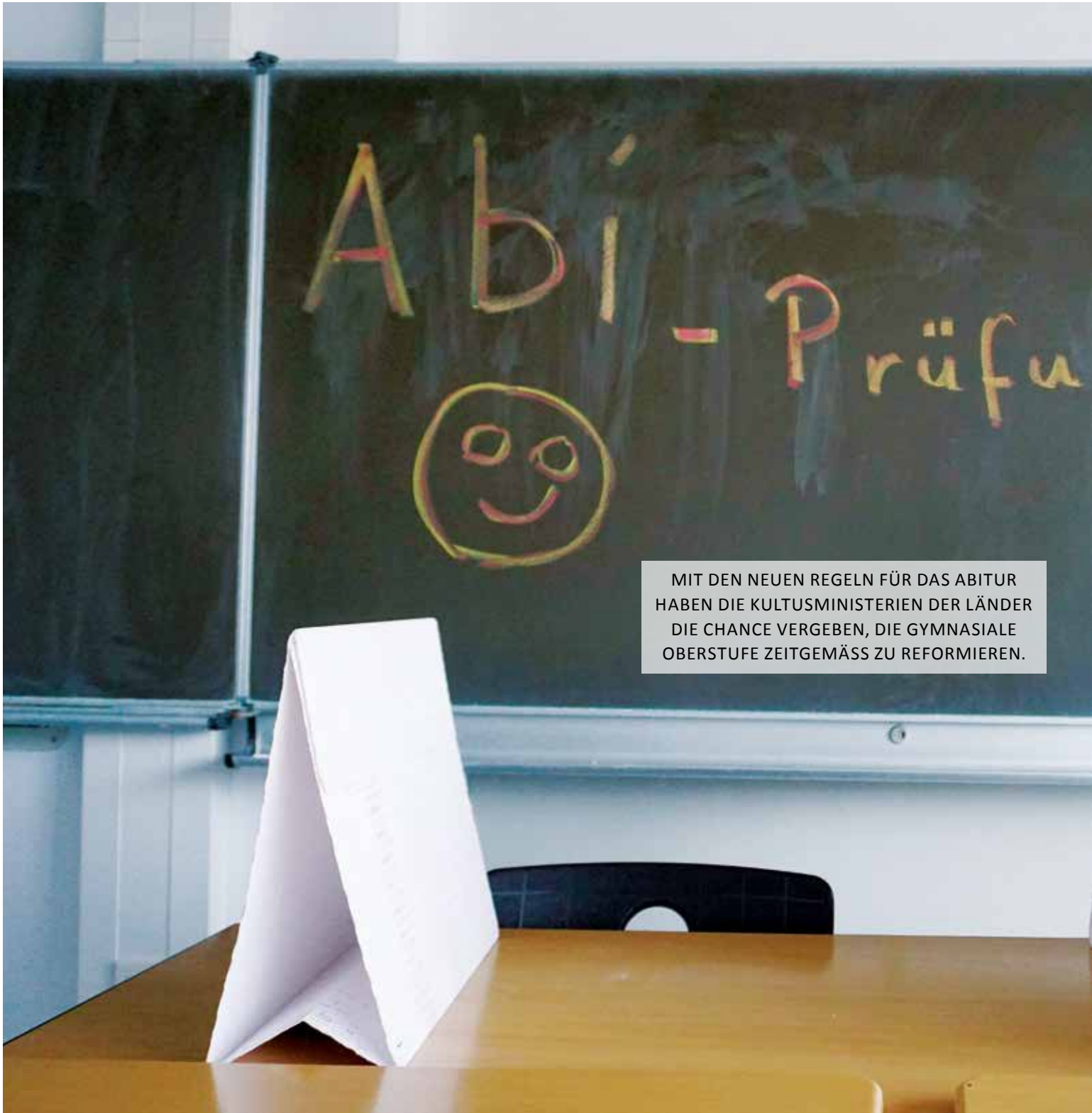
**IM MONAT
(brutto)**

ab 03/2024

+ 5,5 %

**IM MONAT
(brutto)**

WEICHEN FALSCH



MIT DEN NEUEN REGELN FÜR DAS ABITUR HABEN DIE KULTUSMINISTERIEN DER LÄNDER DIE CHANCE VERGEBEN, DIE GYMNASIALE OBERSTUFE ZEITGEMÄSS ZU REFORMIEREN.

GESTELLT



Foto: IMAGO/Fotostrand

KARL-HEINZ REITH
freier Journalist

Starre Vorgaben statt mehr Flexibilität: Mit ihren neuen Abiturregeln hat die Kultusministerkonferenz (KMK) die Chance vertan, junge Menschen besser auf Studium und Beruf vorzubereiten. Doch die in der „Potsdamer Erklärung“ vereinten Reformkräfte – unter ihnen die GEW – geben nicht auf.

Die Kernbotschaft der KMK: Schwerpunktbildung und Kurswahlssystem in der gymnasialen Oberstufe werden weiter eingeschränkt zugunsten starrer bundeseinheitlicher Vorgaben bei der Belegung von Kursen und der Abschlussprüfung. Dafür wird die Zahl der Leistungskurse auf erhöhtem Niveau von bisher zwei bis vier auf zwei bis drei reduziert, zugleich die Zahl der verpflichtend zu belegenden Halbjahreskurse in den letzten beiden Schuljahren auf 40 erhöht – von diesen fließen 36 in die Bewertung der Gesamtnote ein. „Geringfügige Abweichungen hiervon sind nur unter ganz bestimmten Bedingungen zulässig“, heißt es dazu in der Erklärung der KMK. Derzeit können 32 bis 40 Kurse für die Abinote angerechnet werden. Zudem gibt es bundeseinheitliche Vorgaben für die Stundenbelegung sowie die Gewichtung der Klausuren und auch für die Abiturprüfung. Zum aktuellen Mega-Thema Digitalisierung steht im Kapitel „Zielsetzung“ dagegen lediglich der lapidare Satz: „Weitere Aufgabe des Unterrichts in allen Fächern ist die Vermittlung derjenigen Kompetenzen, die erforderlich sind, um aktiv, reflektiert und mündig an einer von Digitalisierung geprägten Gesellschaft teilhaben zu können.“

Die konservative Seite bemüht immer wieder das Schlagwort „Billigabitur“.

Die Vorgeschichte: Im Dezember 2017 erklärte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) das damalige Zulassungssystem zum Medizinstudium für verfassungswidrig. Auslöser waren die überlangen Wartezeiten der Studienbewerberinnen und -bewerber ohne einen Super-Notenschnitt im Abitur. Zugleich forderte das Gericht >>>

>>> die Länder auf, das Abitur bundesweit vergleichbarer zu machen, um mehr Chancengleichheit unter den Studienbewerbern zu garantieren. Gleichwohl: Harte empirische Belege dafür, dass Abiturientinnen und Abiturienten aus Bundesländern wie Bremen mit angeblich weniger rigiden Abiturregeln im Studium häufiger scheitern als etwa aus Bayern, gibt es nicht. Auch haben es die Kultusministerinnen und -minister bisher strikt abgelehnt, Schülerinnen und Schüler in der gymnasialen Oberstufe mit ähnlichen bundesweiten Leistungsvergleichen zu überziehen, wie sie in den Grundschulen und in der Sekundarstufe I seit Jahren gang und gäbe sind. Dennoch bemüht die konservative Seite immer wieder das Schlagwort des „Billigabiturs“. Die Folge des BVerfG-Urteils: In einem ersten Schritt verständigten sich die Länder im Jahr 2019 auf einen neuen Staatsvertrag zur Studienplatzvergabe in Medizin. Dann erst begannen im KMK-Schulausschuss die mühsamen Verhandlungen der Ländervertreter über eine neue „Verordnung zur Gestaltung der gymnasialen Oberstufe und der Abiturprüfung“. Schulpraktikerinnen und -praktiker, Expertinnen und Experten sowie Lehrerorganisationen wurden nicht beteiligt. Die neuen Vorgaben sollen spätestens ab 2027 für alle Schülerinnen und Schüler gelten, die dann in die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe kommen. Das erste Abitur auf Basis der Neuregelungen wird in den Ländern spätestens 2030 abgenommen. Jeweils rund 400.000 Schülerinnen und Schüler haben in den vergangenen zwei Jahren die Allgemeine Hochschulreife oder die Fachhochschulreife erworben. Die Bildungsforschung geht davon aus, dass rund 80 Prozent von ihnen ein Studium aufnehmen werden – zum Teil um Jahre versetzt. Obwohl in der Vergangenheit der Zugang zu den Hochschulen für beruflich qualifizierte ohne klassisches Abitur deutlich geöffnet wurde, qualifizieren sich 96 Prozent der Studienanfängerinnen und -anfänger nach wie vor über schulische Bildungsgänge. Ein breites Bündnis aus Schulpraktikern, Bildungsinitiativen und GEW macht Front gegen die starren und weiter einengenden neuen Vorgaben der KMK für die gymnasiale Oberstufe. Angesichts des digitalen Wandels, der veränderten Anforderungen der Arbeitswelt und der zunehmenden Heterogenität der Schülerschaft müssten die Gestaltungsspielräume der Schulen und die vielfältigen Reformansätze nicht eingeschränkt, sondern ausgeweitet werden, heißt es in der „Potsdamer Erklärung“ des Bündnisses. Alle Jugendlichen müssten lernen, im Team zu arbeiten und ihr Lernen selbstständig zu verantworten. Kreatives



*Die KMK hat die Chance vertan,
das Abitur zukunftsfähig zu machen.
Statt auf mehr Flexibilität auf dem Weg zum
Abi zu setzen, werden die (fast) erwachsenen
Schülerinnen und Schüler mehr gegängelt.*



MAIKE FINNERN,
GEW-VORSITZENDE

und vernetztes Denken ebenso wie komplexe Problemlösungsfähigkeiten gehörten heute zu den notwendigen und geforderten Kompetenzen. „Viele Grundschulen und Schulen in der Sekundarstufe I veränderten seit Jahren ihre pädagogische Arbeit in diesem Sinne“, heißt es in der Erklärung weiter. Doch in der gymnasialen Oberstufe verhinderten einengende formale Regelungen pädagogische und curricular angemessene Antworten auf die veränderten gesellschaftlichen Anforderungen und die zunehmende Diversität. Bündnis-Sprecher Friedemann Stöffler kündigte an, man werde trotz des KMK-Beschlusses „selbstverständlich weitermachen“. Das Bündnis werde in Diskussionen und Konferenzen neue Konzepte und Ideen entwickeln und in den Ländern massiv auf weitere Schulversuche drängen. Die GEW-Vorsitzende Maike Finnern warf den Kultusministern eine „falsche Weichenstellung“ vor: „Die KMK hat die Chance vertan, das Abitur zukunftsfähig zu machen. Statt auf mehr Flexibilität auf dem Weg zum Abi zu setzen, werden die (fast) erwachsenen Schülerinnen und Schüler mehr gegängelt.“ Die jungen Menschen müssten die Möglichkeit bekommen, in der Oberstufe stärker eigene Schwerpunkte mit Blick auf ihre spätere Studien- oder Berufswahl zu setzen. Finnern verwies darauf, dass die GEW und das „Bündnis für ein zukunftsfähiges Abitur“ in der „Potsdamer Erklärung“ vorschlagen, mehr individuellere Wege zum Abitur als bisher zu entwickeln. „Die KMK hat in ihrem Beschluss nicht einmal eine Innovationsklausel vorgesehen, die strukturell Raum für Schulen geschaffen hätte, andere Ideen zur Gestaltung der Schule der Zukunft zuzulassen“, stellte die GEW-Vorsitzende fest. ■



HILFE ZUR SELBSTHILFE



PETER MAIER

Gymnasiallehrer a. D. und Supervisor

Die Arbeitsbelastung der Lehrerinnen und Lehrer ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Das ist einer der Faktoren, die das sogenannte Burn-out auslösen können. Die berufsbegleitende Supervision, wie sie die Ständige Wissenschaftliche Kommission (SWK) der Kultusministerkonferenz (KMK) vorschlägt, kann helfen, ist aber kein Allheilmittel.

Die Corona-Krise hat viele Lehrkräfte an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit gebracht. Neue digitale Herausforderungen beim Homeschooling mit anfänglich unzureichenden Geräten, die Doppelbelastung durch Präsenz- und virtuellen Unterricht, tägliche Corona-Tests bei allen Schülerinnen und Schülern, Unterrichten-Müssen mit Maske und immer wieder neue Verordnungen „von oben“ fast im Wochentakt waren fundamentale Belastungen für Pädagoginnen und Pädagogen. Nicht erst seit der Pandemie schlittern Lehrerinnen und Lehrer wegen der hohen Arbeitsbelastung immer häufiger in den Burn-out. Manche ältere Lehrkräfte versuchen, so bald wie möglich in den Vorruhestand >>>

>>> zu gehen. Das zeigen unter anderem Untersuchungen wie die Niedersächsische Arbeitszeitstudie des Göttinger Arbeitswissenschaftlers Frank Mußmann aus dem Jahr 2016 (s. E&W 9/2016 und 12/2021). Mußmanns Erkenntnisse zeigen, dass die Schulen dringend besser finanziell sowie personell ausgestattet werden müssen und die Lehrkräfte gute Arbeitsbedingungen brauchen. Wie aber können die Lehrkräfte möglichst schnell gestärkt werden?

Burn-out bei Lehrkräften – nicht nur eine Folge der Pandemie

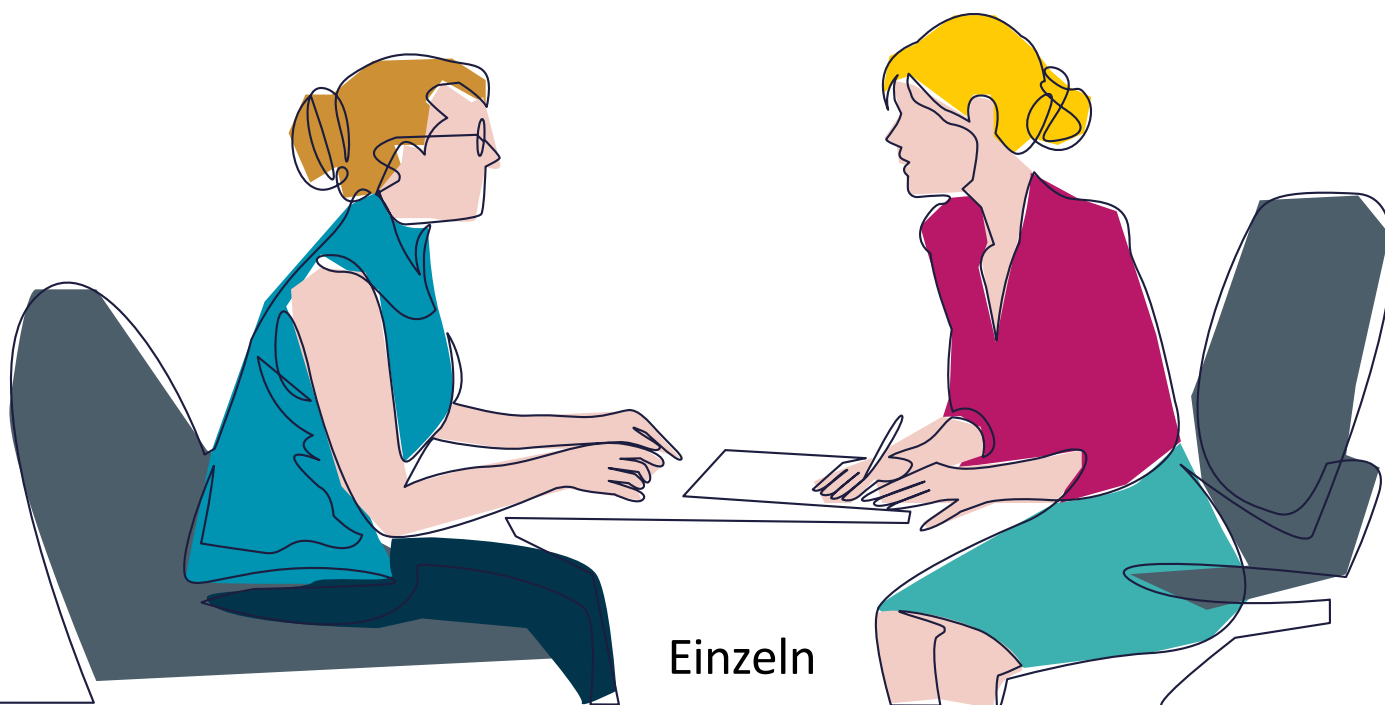
Die SWK schlägt in ihren Ende Januar veröffentlichten Empfehlungen zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels unter anderem Mehrarbeit, größere Klassen und weniger Teilzeitangebote vor. Um das Fachkräfteproblem zu lösen und als Mittel gegen die permanente Überlastung sind diese Vorschläge jedoch nicht geeignet. Das trifft auf den im gleichen Papier empfohlenen Einsatz von Supervision in Schulen nicht zu. In sozialen Berufen ist die Supervision seit langem selbstverständlich und anerkannt.

Gerade in Realschulen oder Gymnasien gibt es jedoch bei vielen Lehrkräften die Meinung, dass es in ihrem Beruf in erster Linie um Fachunterricht gehe und daher so etwas wie Supervision nicht nötig sei. Das ist ein Irrtum! Denn die Schülerinnen und Schüler sind menschliche Wesen und keine Lernroboter; die Beziehungsebene zu den Lehrkräften ist für sie eine Art emotionale Nahrung. Diese Beziehungs-Kommunikationsebene kann leicht blockiert sein.

Die Schulbehörden sehen durchaus, dass Supervision an Schulen notwendig ist. So gibt es beispielsweise an jeder staatlichen Schulberatungsstelle in Bayern Schulpsychologinnen und -psychologen – insbesondere mit einer Zusatzqualifikation als Supervisorinnen und Supervisoren. Deren Angebote richten sich sowohl an Lehrkräfte als auch an schulische Führungskräfte. Ziel sei, so das bayerische Kultusministerium, „Kolleginnen und Kollegen sowie Mitglieder der Schulleitungen zu entlasten, um so gesundheitlichen Risikofaktoren im Beruf präventiv und interventiv zu begegnen“.

Nicht wenige Lehrkräfte haben allerdings nach wie vor Vorbehalte, dass es sich bei „von oben“ angebotenen

SUPERVISION



Supervisionen um eine Art Überwachung handeln könnte. Das ist nicht der Fall. Der Begriff „Supervision“ beschreibt, dass etwas „überschaut“ oder „überblickt“, nicht überwacht werden soll. In einem entspannten und geschützten Setting soll über den Tellerrand des eigenen pädagogischen Tuns hinausgeschaut werden, um unter Anleitung „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu bekommen. Denn genau das ist die Zielrichtung einer guten und effektiven Supervision.

Nicht wenige Lehrkräfte haben Vorbehalte gegen Supervision.

Lehrerinnen und Lehrer sollten sich immer wieder bewusst machen, dass Schulen ein offenes System sind, das für die einzelne Pädagogin oder den einzelnen Pädagogen gar nicht wirklich zu kontrollieren ist. Lehrkräfte haben es eben nicht nur mit ihren Klassen, sondern auch mit den Eltern der Schülerinnen und Schüler, der Schulleitung sowie Kolleginnen und Kollegen zu tun. Dabei kann es sehr leicht, manchmal auch ganz unerwartet zu heftigen, sehr belastenden Konflikten kommen:

mit einzelnen Schülerinnen und Schülern, die den ganzen Klassenunterricht aushebeln können; mit Eltern, die sich gegen die Notengebung wehren, weil sie ihre Kinder ungerecht behandelt sehen; mit Kolleginnen und Kollegen, mit einer (zu) autoritativen Schulleitung oder mit immer neuen, manchmal sich widersprechenden kurzfristigen Vorgaben der Schulbehörden. In diesen Fällen kann die Supervision gegensteuern und die psychische Stabilität der Lehrkräfte stärken. Sicher ist dieses „Mittel“ nicht für jeden oder immer nötig. Aber gerade in Krisensituationen, die sich im Schulalltag immer wieder sehr leicht ergeben können, kann eine Einzel-, Gruppen- oder Team-Supervision viel Positives bewirken und Konfliktsituationen oft schnell entschärfen. Ziel ist, dass sich ungelöste Situationen und Emotionen nicht festsetzen und dann psychisch toxisch werden – belastend für die gesamte Arbeit einer Lehrkraft. ■

Der Autor hat bis zu seiner Pensionierung vor einigen Jahren als Lehrer an einem Gymnasium in Bayern gearbeitet und ist seit vielen Jahren als Supervisor für Lehrkräfte tätig. Er hat mehrere pädagogische Bücher verfasst.

Weitere Informationen unter gew.de/ew-5-23

& BERATUNG

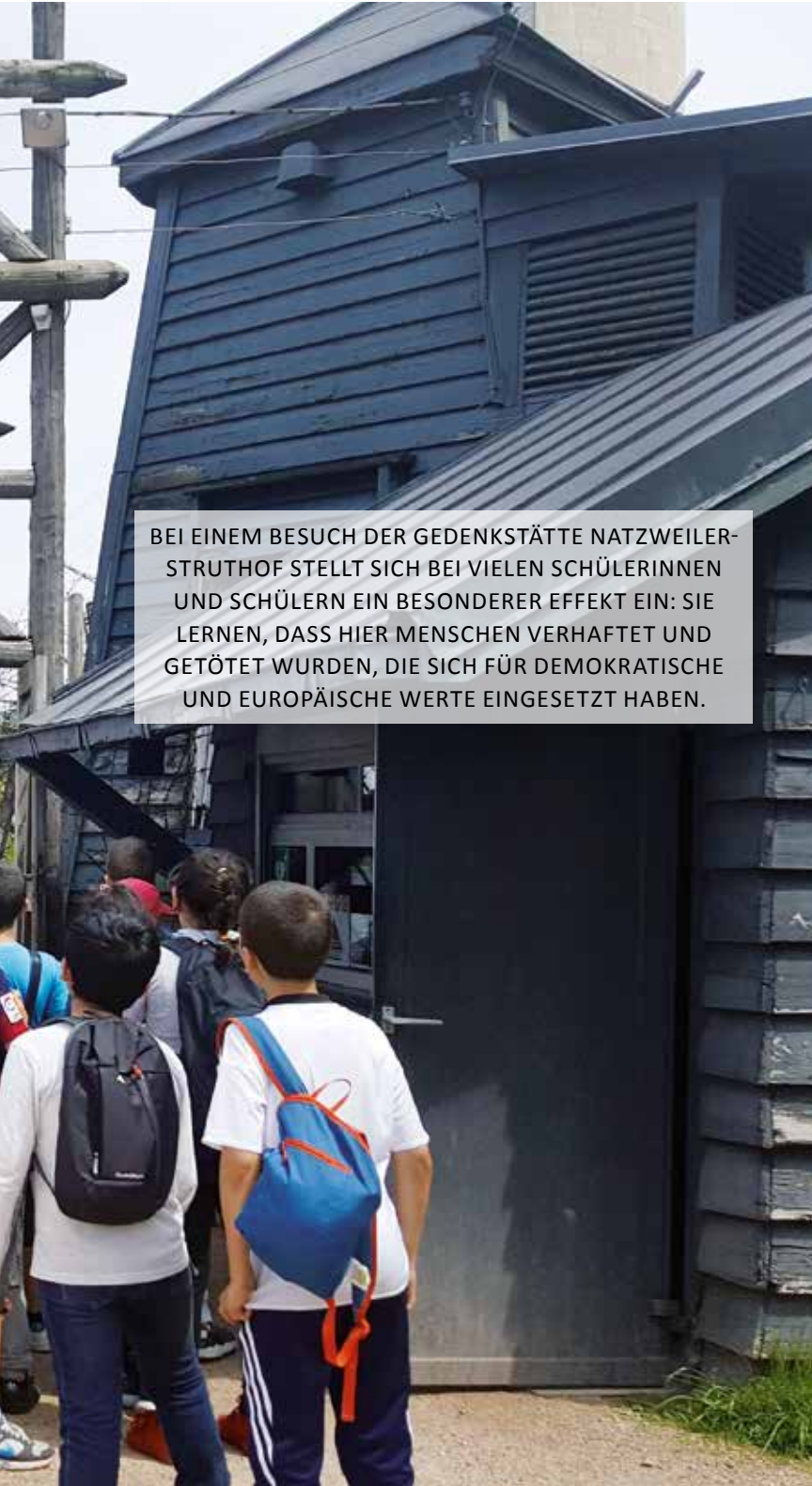


„GESCHICHTE MUSS DORT UNTERRICHT



Foto: Centre européen du résistant déporté (CERD)

HTET WERDEN, WO SIE PASSIERT IST“



BEI EINEM BESUCH DER GEDENKSTÄTTE NATZWEILER-STRUTHOF STELLT SICH BEI VIELEN SCHÜLERINNEN UND SCHÜLERN EIN BESONDERER EFFEKT EIN: SIE LERNEN, DASS HIER MENSCHEN VERHAFTET UND GETÖTET WURDEN, DIE SICH FÜR DEMOKRATISCHE UND EUROPÄISCHE WERTE EINGESETZT HABEN.

CHRISTOPH RUF,
freier Journalist

Gedenkstätten-Arbeit verändert sich – muss sich verändern. Ein deutsch-französisches Lehrkräfte-Fortbildungsprojekt zeigt am Beispiel des früheren Konzentrationslagers (KZ) Natzweiler-Struthof, wie das aussehen kann.

Ein eisiger Wind weht über die Nordseite des Hochplateaus in den elsässischen Vogesen. Auf dem Parkplatz des einstigen KZ Natzweiler-Struthof stehen bereits einige Busse. Heute sind kaum Einzelgäste hier, dafür viele Schulklassen, vor allem aus dem nahen Südwesten der Bundesrepublik. Der Audio-Guide, den die freundliche Frau an der Kasse aushändigt, ist sechssprachig. Beim Rundgang über das weitläufige Gelände mit den langgestreckten Häftlingsbaracken ist er fast unerlässlich. Durch den Kopfhörer, abgeschirmt von den Geräuschen der Außenwelt, wirkt das Grauen im Lageralltag noch unmittelbarer. Als eine Schülergruppe aus der Pfalz an einer der unteren Baracken angekommen ist, ersterben auch die leisesten Gespräche. Nachdem sie den Ofen des Krematoriums erblickt hat, greift ein Mädchen nach dem Arm seiner Freundin, dann weint es hemmungslos.

„Geschichte muss dort unterrichtet werden, wo sie passiert ist“, sagt Tobias Markowitsch, der ebenfalls seit vielen Jahren mit seinen Schulklassen nach Natzweiler-Struthof fährt. Der Karlsruher Geschichtslehrer ist zweiter Vorsitzender des „Verbundes der Gedenkstätten im ehemaligen KZ-Komplex Natzweiler“ (VGKN), eines deutsch-französischen Gedenkstätten-Programms, das 2018 mit dem Europäischen Kulturerbe-Siegel ausgezeichnet wurde. „Viele Lehrkräfte haben sich in den vergangenen Jahrzehnten mit Zeitzeugen zu deren Lebzeiten befasst“, sagt er. „Nun müssen wir zu Zeitzeugen werden und weitergeben, was diesen widerfahren ist.“ >>>

>>> Die Lehrkräfte sind indes nicht nur aus ideellen Gründen stärker gefordert als in einer deutschen Gedenkstätte. Denn die eigentliche Lagerausstellung ist in die Jahre gekommen und ebenso wie die Führungen fast ausschließlich auf Französisch. Auch deshalb müssen die Lehrkräfte viele Inhalte selbst erarbeiten. Und das tun sie: Seit 2020 gibt es ein bilinguales deutsch-französisches Lehrerfortbildungsprogramm. Das sei ein voller Erfolg, meint Markowitsch – obwohl sich die Schulsysteme und die pädagogische Kultur unterscheiden. „Wir sind schülerzentrierter, während in Frankreich im Unterricht noch die klassische Wissensvermittlung im Vordergrund steht.“

Verspätete Aufarbeitung in beiden Ländern

Das 1941 errichtete Arbeitslager Natzweiler-Struthof war Teil des NS-Systems, das die absichtliche oder billigend in Kauf genommene Tötung von Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern sowie Häftlingen in den Konzentrationslagern durch übermäßige Schwerstarbeit und mangelhafte Versorgung zum Ziel hatte; rund 22.000 Menschen wurden hier bis Kriegsende ermordet, starben an Krankheiten, Mangelernährung oder an den Spätfolgen der Haft. Anfangs mussten die Häftlinge rosa Granit für die von Albert Speer, Architekt und Minister für Rüstung und Kriegsproduktion in NS-Deutschland, geplanten Prachtbauten abbauen, später aus schwerem Gestein das Hauptlager errichten. Die wenigen Frauen, die hierhin deportiert wurden, ermordete die SS meist unmittelbar nach deren Ankunft. Zu trauriger Berühmtheit kam Natzweiler auch, weil Wissenschaftler der Reichsuniversität Straßburg hier grausame Menschenversuche durchführten.

Ab 1943 entstanden schließlich 55 Außenlager. 1944 wurde das Stammlager von der US-Armee befreit. Erst seit rund 30 Jahren dienen 16 Außenlager als Gedenkstätten. Noch in den 1990er-Jahren erforderte es Mut, die Geschichte der Außenlager aufzuarbeiten – zu groß waren die Widerstände vor Ort. Auch in Frankreich wurde die Mitschuld des mit den Nazis kollaborierenden Vichy-Regimes erst spät thematisiert: „Entscheidend war eine Rede von Präsident Jacques Chirac im Jahr 1995“, erläutert die an der Uni Bordeaux lehrende NS-Expertin Prof. Héléne Camarade. „In dieser hat er erstmals die Schuld an der Deportation der Juden

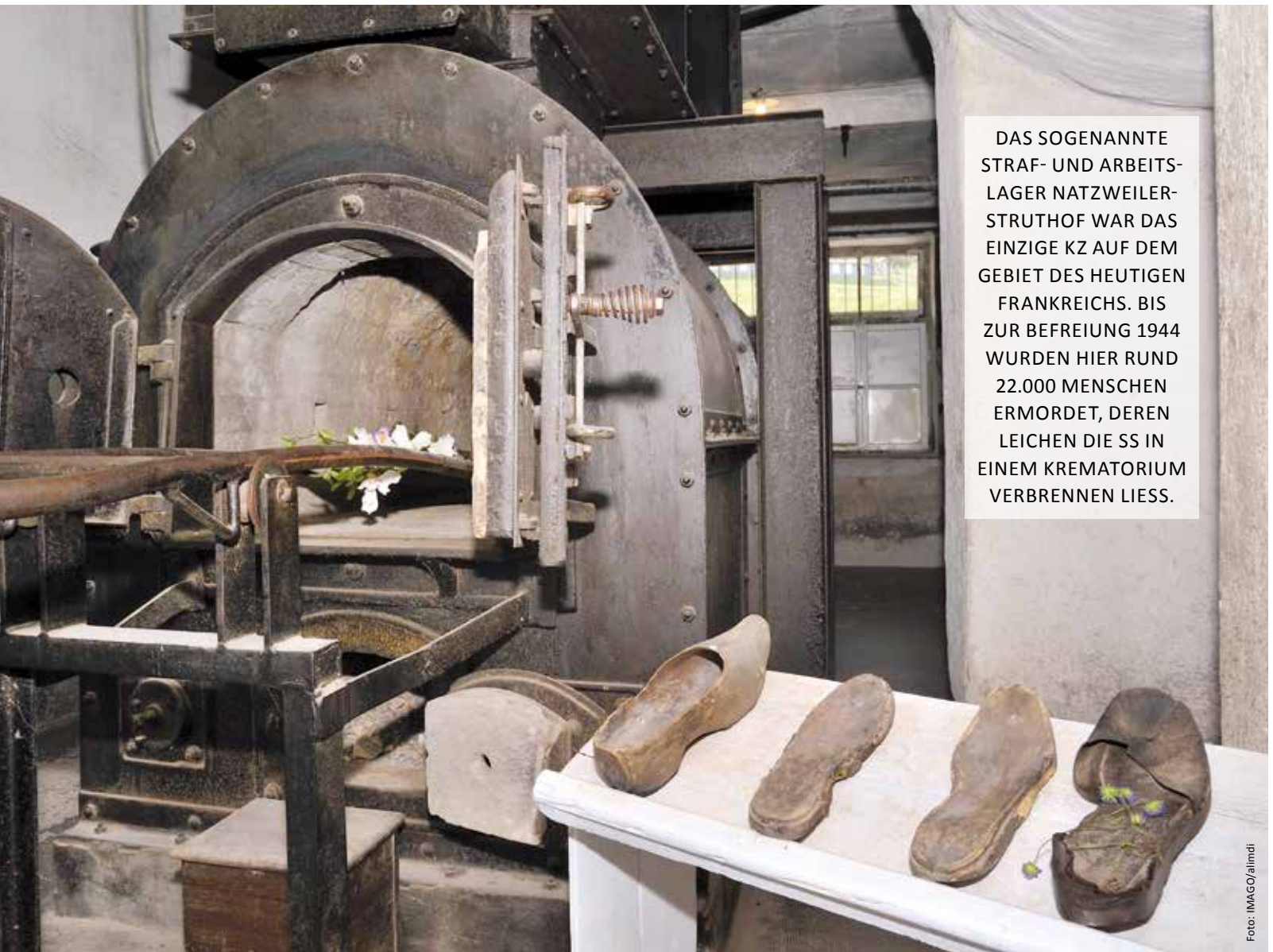
eingestanden.“ Der Historiker Henry Rousso habe dann „bewiesen, dass Frankreich sich jahrzehntelang fast nur mit der Resistance, den Widerstandskämpfern gegen die Nazis, identifiziert hat. Vichy war tabu“.

Ein geeintes und demokratisches Europa steht für das Gegenteil dessen, was alten und neuen Nazis als Gesellschaftsmodell vorschwebt.

Ortswechsel: Markowitsch und Cornelius Kückelhaus vom Gedenkstättenreferat der Landeszentrale für politische Bildung (LpB) Baden-Württemberg leiten heute im Karlsruher Generallandesarchiv eine Fortbildung, die in Zusammenarbeit mit dem „Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung“ organisiert wurde. Sie richtet sich an Lehrkräfte aller Schulformen, die mit ihren Klassen nach Natzweiler fahren wollen. Unter den 22 Teilnehmenden sind auch einige, die an bilingualen Gymnasien unterrichten. Kückelhaus teilt eine Broschüre der LpB aus, die den Gedenkstättenbesuch in 20 Stationen aufgliedert, an jeder davon finden sich pädagogisch-didaktische Tipps für die Lehrerinnen und Lehrer.

Derweil berichtet Markowitsch, dass er die Schülerinnen und Schüler am Bahnhof Rothau erstmals aus dem Bus steigen lässt und diese beiläufig fragt, wie ihre Fahrt gewesen sei. Dann erzählt er, dass von hier aus zentnerschwere Steine über sieben Kilometer bis ins auf 700 Meter Höhe gelegene KZ gefahren wurden – auf einer Straße, die die Häftlinge zuvor angelegt hatten. In der heutigen Gedenkstätte arbeiten die Schülerinnen und Schüler dann selbstständig mit den Unterrichtsmaterialien. Bewährt habe sich auch, den Klassen Häftlings-Biografien an die Hand zu geben und sie das Schicksal dieser Menschen recherchieren zu lassen. Zwei bis fünf Stunden setzt Markowitsch für die Vorbereitung an, zwei für die Nachbereitung. Im Bildungsplan sind insgesamt nur zwei Stunden vorgesehen. Markowitsch zuckt die Achseln. Das Thema sei zu wichtig, um es en passant abzuhandeln.

So sieht es auch Christiane Rabe-Vogt. Die Referentin für grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Regierungspräsidium Karlsruhe betreut ebenfalls ein deutsch-französisches Gedenkstätten-Projekt. Ausgehend von der Beobachtung, dass auf beiden Seiten des Rheins Schülerinnen und Schüler die NS-Geschichte aufarbeiten, kam ihr ein im wahrsten Sinne des Wortes naheliegender Gedanke: „Warum machen wir es dann



DAS SOGENANNT
STRAF- UND ARBEITS-
LAGER NATZWEILER-
STRUTHOF WAR DAS
EINZIGE KZ AUF DEM
GEBIET DES HEUTIGEN
FRANKREICHS. BIS
ZUR BEFREIUNG 1944
WURDEN HIER RUND
22.000 MENSCHEN
ERMORDET, DEREN
LEICHEN DIE SS IN
EINEM KREMATORIUM
VERBRENNEN LIESS.

Foto: IMAGO/allmtdi

nicht gleich zusammen?“ Prädestiniert sind die „Abi-Bac“-Klassen, in denen sowohl in Frankreich als auch in Deutschland ein Weg zur Hochschulreife mit zweisprachigem Geschichtsunterricht besprochen werden kann. In bis zu vier deutsch-französischen Begegnungen erarbeiten sich die Jugendlichen die wesentlichen Inhalte – gefördert vom Regierungspräsidium. „Wie viele Stunden oder Tage dafür veranschlagt werden, ist zweitrangig“, sagt Rabe-Vogt. „Das ist aus unserer Sicht immer bildungsplankonform, zumal die Jugendlichen grenzüberschreitend, fächerübergreifend und handlungsorientiert lernen.“

Nachdem die Schülerinnen und Schüler nach einem interkulturellen Modul gemeinsam die Biografie

eines KZ-Häftlings erarbeitet und entweder die Gedenkstätte Natzweiler-Struthof oder das Außenlager in Neckarelz besucht hätten, stelle sich stets der gleiche Effekt ein: „Sie lernen, dass hier Menschen verhaftet und getötet wurden, die sich für demokratische und europäische Werte eingesetzt haben.“ In einem dritten Modul geht der Blick nach vorne: „Dann wird darüber gesprochen, wie man sich für ein geeintes, demokratisches Europa engagieren kann.“ Denn das stehe für das genaue Gegenteil dessen, was alten und neuen Nazis als Gesellschaftsmodell vorschwebt. ■

Weiterführende Informationen zum Thema unter: gew.de/ew-5-23

AUF DEM ABSTELLGLEIS

KARL-HEINZ REITH
freier Journalist

Seit Jahrzehnten ist es ein gesellschaftliches Problem: Zigtausende junge Menschen verlassen die Schule Jahr für Jahr ohne Abschluss. Viele finden später nicht den Weg in eine qualifizierte Berufsausbildung. Doch die Bundesländer zeigen kaum Engagement, das zu ändern.

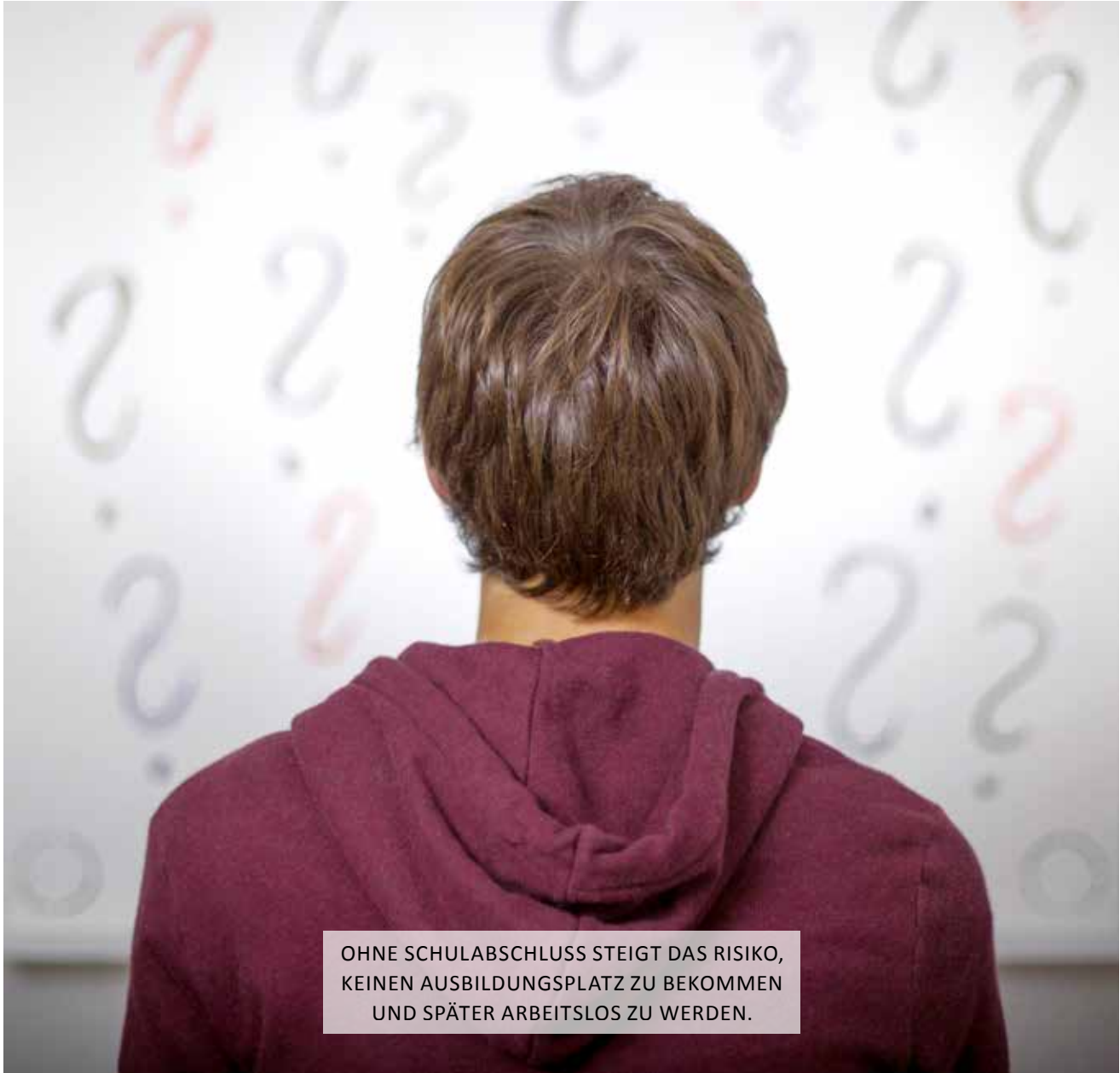
Rund 47.500 junge Menschen haben 2021 zum Ende ihrer neun- oder zehnjährigen Pflichtschulzeit die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen. Das entspricht bundesweit einem Anteil von 6,2 Prozent an der Gruppe der Gleichaltrigen. Diese Quote stagniert jetzt seit 2011 Jahr für Jahr bei etwa 6 Prozent – wie eine Studie des Essener Bildungsforschers Klaus Klemm für die Bertelsmann Stiftung aufzeigt. 2008 – das Jahr, in dem Ex-Kanzlerin Angela Merkel (CDU) den widerstrebenden Ländern einen nationalen Bildungsgipfel in Dresden



aufgedrängt hatte – blieben rund 60.000 junge Menschen ohne Abschluss. „Hoch und heilig“ gelobten damals die Länder-Regierungschefs der Union und der SPD sowie die Kanzlerin, diese Zahl binnen weniger Jahre zu halbieren. Doch Reformeifer haben viele Bundesländer in den vergangenen 15 Jahren dabei wirklich nicht an den Tag gelegt. Ein direkter Quotenvergleich ist wegen eines geänderten Berechnungsverfahrens allerdings nicht möglich. Angesichts immer komplexerer Anforderungen in der Arbeitswelt prägt ein fehlender Hauptschulabschluss für einen großen Teil der jungen Erwachsenen den weiteren Ausbildungs- oder Berufsweg. Nur ein kleiner Teil schafft es, den fehlenden Hauptschulabschluss in einer der zahlreichen Maßnahmen des Übergangssystems oder im berufsbildenden Schulwesen erfolgreich nachzuholen. Wer es dennoch schafft, ohne Schulabschluss einen Ausbildungsplatz im dualen Berufsausbildungssystem zu bekommen, ist nach Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung bei Abschluss des Erstvertrages heute im Schnitt 20 Jahre alt. Wer keine Berufsausbildung hat, trägt später das hohe Risiko, arbeitslos zu sein. Klemm schreibt: „Diese jungen Menschen bilden einen wesentlichen Teil des ‚Nachwuchses‘ der knapp 2,7 Millionen Zwanzig- bis Vierunddreißigjährigen, die keinen Ausbildungsabschluss vorweisen können.“

Einige Bundesländer konnten die Quote der Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Abschluss seit 2011 reduzieren.

Der Blick auf die Gruppe der Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Abschluss zeigt, dass Jungen mit mehr als 60 Prozent überrepräsentiert sind. Von 100 Jugendlichen ausländischer Nationalität bleiben 13,4 Prozent ohne Hauptschulabschluss, von 100 Jugendlichen mit deutschem Pass sind es „nur“ 4,6 Prozent. Die Schul-



Fotos: IMAGO/photothek

OHNE SCHULABSCHLUSS STEIGT DAS RISIKO,
KEINEN AUSBILDUNGSPLATZ ZU BEKOMMEN
UND SPÄTER ARBEITSLOS ZU WERDEN.

statistiken der Länder erfassen leider keine weiteren Angaben zum Migrationshintergrund. Ein differenziertes Bild ist deshalb nicht möglich.

Zwischen den Bundesländern gibt es deutliche Unterschiede: Verließen 2021 in Bayern 5,1 Prozent aller Abgängerinnen und Abgänger die Schule ohne Abschluss, waren es in Bremen mit 10 Prozent fast doppelt so viele. Auch im Zeitverlauf ergeben sich Schwankungen: Während die Quote in Bremen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland seit 2011 leicht gestiegen ist, konnten einige andere Bundesländer sie in den vergangenen zehn Jahren reduzieren, so Berlin von 9,7 auf 6,7 Prozent, Brandenburg von 8,6 auf 6,5 Prozent, Sachsen-Anhalt von 12,1 auf 9,6 Prozent – und besonders deutlich Mecklenburg-Vorpommern von 13,3 auf 8,1 Prozent.

Erstmals wurden für die Analyse auch die Daten des Bildungstrends des Instituts zur Qualitätsentwicklung

im Bildungswesen (IQB) über die Leistungen der Neuntklässler in den Fächern Mathematik und Deutsch herangezogen. Während in den östlichen Ländern die Quoten für das Verfehlen der Mindeststandards meist deutlich niedriger lagen als die Quoten für das Nichterreichen des Hauptschulabschlusses, zeigt sich im Westen zum Teil das umgekehrte Bild. So verfehlten in Sachsen nur 4 Prozent der Neuntklässler die Mindeststandards in der wichtigen Disziplin Lesen/Textverständnis, jedoch erreichten dort 7,9 Prozent keinen Hauptschulabschluss. In Baden-Württemberg verfehlten dagegen 10 Prozent die Mindeststandards, aber „nur“ 5 Prozent bekamen keinen Hauptschulabschluss. Klemm: „Es stellt sich die Frage, wie Fähigkeiten von Jugendlichen ohne Schulabschluss dokumentiert werden können, damit sie bessere Chancen haben, auch ohne Abschluss in die Berufswelt einmünden zu können.“ >>>

>>> Von den Jugendlichen, die den Hauptschulabschluss nicht schafften, waren 49,2 Prozent zuvor auf einer Förderschule, 19,5 Prozent verließen die Gesamtschule ohne diesen Abschluss, 13,4 Prozent kamen von Hauptschulen, 12 Prozent von Schulen mit mehreren Bildungsgängen. Aber auch hier zeigen sich im Detail interessante länderspezifische Unterschiede. Dort, wo der Ausbau der Inklusion bereits deutlich fortgeschritten ist, gelingt es den allgemeinbildenden Schulen offenbar weitaus häufiger, Jugendliche mit diagnostiziertem sonderpädagogischen Förderbedarf zum Hauptschulabschluss zu führen. Klemm folgert daraus: „Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in inklusiven Lernsettings sind im Vergleich seltener dem Risiko ausgesetzt, ihre Schulzeit ohne Schulabschluss zu beenden als Gleichaltrige an Förderschulen.“

Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) bezeichnete es in einer ersten Reaktion auf die Studienergebnisse als „dramatisch, dass noch immer Zehntausende junge Menschen die Schule ohne Abschluss verlassen und sich daran in den letzten zehn Jahren kaum etwas geändert hat“. Die Ministerin: „Das können wir nicht länger hinnehmen.“ Gleichwohl kommen ihre Verhandlungen mit den Ländern über das von der Ampelkoalition angestrebte Startchancenprogramm für Schulen in Problemlagen nach wie vor nur schleppend voran. Die finanzielle Beteiligung der Länder, die ja eigentlich dafür zuständig sind, ist immer noch weitgehend ungeklärt.

»»

Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in inklusiven Lernsettings sind im Vergleich seltener dem Risiko ausgesetzt, ihre Schulzeit ohne Schulabschluss zu beenden als Gleichaltrige an Förderschulen.

»»

KLAUS KLEMM,
BILDUNGSFORSCHER

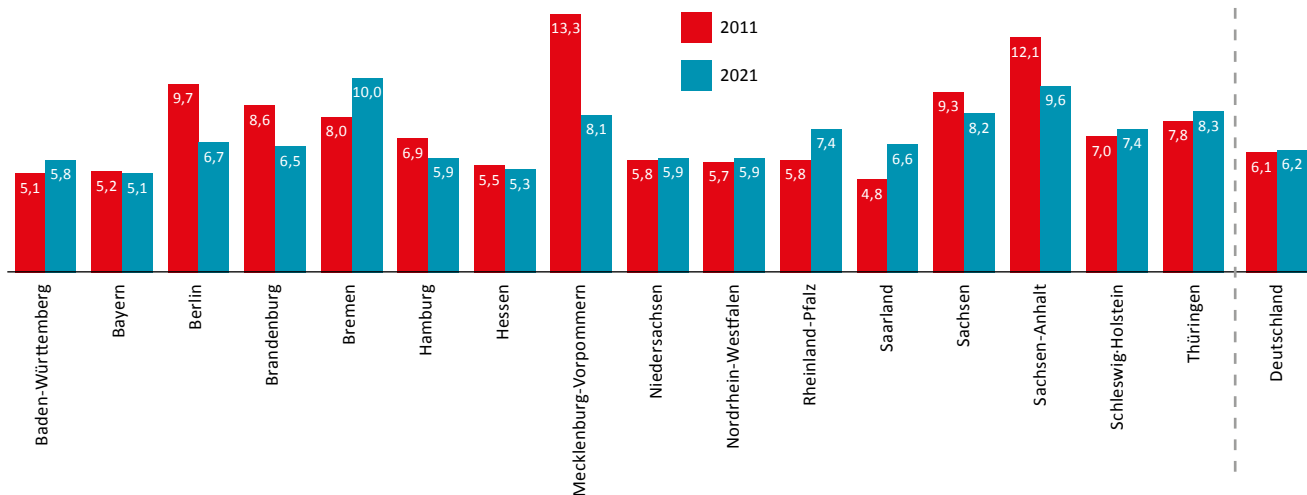
Die GEW mahnte Bund und Länder, endlich zu handeln. „Die Ampelparteien haben sich in ihrem Koalitionsvertrag auf viele richtige und sinnvolle Maßnahmen verständigt“, sagte Ralf Becker, GEW-Vorstandsmitglied Berufliche Bildung und Weiterbildung. Dazu gehörten neben dem Startchancenprogramm die Förderung der Jugendberufsagenturen, die assistierte Ausbildung und der Pakt für berufsbildende Schulen. Diese Projekte müssten jetzt ernsthaft und schnell angegangen werden. Ansonsten würden insbesondere benachteiligte Kinder und Jugendliche noch weiter abgehängt. ■

Studie von Klaus Klemm: „Jugendliche ohne Hauptschulabschluss“:
gew.de/ew-5-23

Quoten der Schülerinnen und Schüler ohne Hauptschulabschluss

im Vergleich 2011 zu 2021 in Prozent

(Deutschland insgesamt 2021: 47.490 Personen)



Quellen: Statistisches Bundesamt 2022a und KMK 2022a - Grafik: zplusz

KINDER KOMMEN IMMER FRÜHER MIT MEDIEN IN BERÜHRUNG. DESHALB MUSS MEDIENERZIEHUNG DEREN KOMPETENZEN FÖRDERN UND DIE SPIELERISCHE AUSEINANDERSETZUNG MIT MEDIEN MÖGLICH MACHEN.



Foto: Addebel Stock

MIT WACHSMALKREIDE, KNETE UND VIDEOKAMERA

GÜNTHER ANFANG

Erziehungswissenschaftler und Medienpädagoge

Kinder wachsen von Geburt an mit Medien auf. Bereits in den ersten beiden Lebensjahren werden sie auf Medieninhalte aufmerksam. Spätestens ab dem zweiten Lebensjahr äußern sie aber auch Wünsche zu bestimmten Medien. Für die Medienpädagogik ist das eine ganz besondere Herausforderung.

Die Tatsache, dass Kinder immer früher mit digitalen Medien in Kontakt kommen und diese auch nutzen wollen, zeigt, dass eine Medienerziehung für diese Zielgruppen sinnvoll und angebracht ist. Im Mittelpunkt der Überlegungen steht dabei immer die Frage, was können Kinder in diesem Alter und wo kann Medienerziehung ansetzen, die Kinder in ihren Kompetenzen fördert und spielerisch eine Auseinandersetzung mit Medien ermöglicht. Zwar gibt es in der Krippe dazu bisher wenig Erfahrung, doch Bereitschaft, hier aktiv >>>

zu werden, ist bei einem Teil der Erziehenden durchaus da; die überwiegende Mehrheit steht diesen Medien aber nach wie vor mit großer Skepsis gegenüber. Somit bedarf es Überzeugungsarbeit und eines schlüssigen Konzepts, wenn man in der Krippe ein Medienprojekt starten will.

Ein Beispiel von vielen, wie Medienpädagogik in der Frühpädagogik aussehen kann, hat das JFF – Institut für Medienpädagogik im Rahmen der Kampagne „Startchance kita.digital“ des Staatsinstituts für Frühpädagogik und Medienkompetenz erprobt. Zwölf Kinder einer Münchner Kinderkrippe im Alter von zwei bis drei Jahren und zwei Erzieherinnen waren an dem Medienprojekt beteiligt. Zunächst konnten sich die Kinder mit einer Videokamera gegenseitig filmen. Jedes Kind, das gefilmt wurde, stellte sich dabei vor und sah sich dabei auf der Leinwand. Anschließend wurde der Frage nachgegangen, wie denn das Bild der Kinder auf die Leinwand kommt. Da sie die Videokamera ja bereits bedient hatten, wurde den Kindern schnell klar, dass

DIE BEDIENUNG MODERNER DIGITALER GERÄTE WIRD IMMER EINFACHER. SCHON ZWEIJÄHRIGE SIND IN DER LAGE, MIT EINEM SMARTPHONE ODER TABLET UMZUGEHEN.



das Bild mit deren Hilfe aufgezeichnet wird. Ein Kabel aus der Videokamera, das zum Videobeamer führt, verdeutlichte, dass das Bild dahin übertragen und schließlich vom Videobeamer an die Leinwand geworfen wird. Auch wenn den Kindern dieser Zusammenhang sehr abstrakt vorkam, haben sie durchaus eine Idee davon gewonnen, wie ein Bild auf die Leinwand kommt – und das reichte ja fürs erste.

Im anschließenden Teil des Medienvormittags wurden die Kinder kurz in den Film „Die kleine Raupe Nimmersatt“ eingeführt. Viele Kinder kannten das Buch und hatten es schon oft vorgelesen bekommen. Damit war ihnen die Geschichte vertraut und lediglich die Animation der Zeichengeschichte neu. Nach der Vorführung konnten sie zunächst nacherzählen, was die Raupe alles gegessen hatte und wie sie immer dicker wurde, bis sie sich in einen Schmetterling verwandelt hat. Da die Raupe ja dazu sehr viel essen musste, war auch eine Essenspause für die Kinder angesagt.

Die Kinder konnten direkt nachvollziehen, wie sich die Einzelbilder zu einem Film zusammensetzen.

Der dritte Teil des Medienvormittags war der aktiven Medienarbeit vorbehalten. Insgesamt drei Stationen waren dafür aufgebaut. Eine Fotostation, bei der sich die Kinder selbst gegenseitig fotografieren konnten. Eine Bastelstation zum Malen von Hintergründen und Kneten von Raupen für den Trickfilm sowie eine Trickfilmstation, bei der die Kinder ihre Raupen animieren konnten.

Die Fotos der Kinder wurden gleich ausgedruckt, auf einen vorbereiteten Karton geklebt und mit Farbstiften bemalt. Die Raupen aus Knetmasse wurden an der Trickfilmstation mit Hilfe eines Trickfilmprogramms zum Leben erweckt. Jedes Kind bewegte seine Raupe über verschiedene Obststücke. Mit einer Trickfilm-App wurde der Film Stück für Stück aufgezeichnet. So konnten die Kinder direkt nachvollziehen, wie sich die Einzelbilder zu einem Film zusammensetzen. Durch das sogenannte

Onion Skinning* konnten sie außerdem die Bewegung der Raupe verfolgen, da das letzte Bild der

Aufzeichnung jeweils noch als Schatten zu sehen war. Alle bewegten Raupen wurden schließlich zum Film „Die gefräßigen Raupen“ montiert und mit Schmatzgeräuschen der Kinder unterlegt. Die Premiere des Films bildete den krönenden Abschluss des Medienvormittags.

Was bringen Medienprojekte in der Kita?

Wie das Beispiel zeigt, hat es den Kindern auf alle Fälle Spaß gemacht und Möglichkeiten eröffnet, sich kreativ zu betätigen. Selbst Geschichten zu erzählen und Medien als Ausdruck für die eigene Kreativität zu nutzen, ist ein wesentlicher Faktor aktiver Medienarbeit. Die Medien werden dabei als Werkzeuge genutzt, genauso wie Wachsmalkreide, Buntstifte oder Knete. Medienprojekte im Kindergarten bieten aber noch viele weitere Potenziale. Sie ermöglichen:

- ganzheitliches Lernen, bei dem Erkenntnisse durch „learning by doing“ gewonnen werden,
- Erfahrungen und Erkenntnisse im Rahmen von Gruppenprozessen, die das soziale Miteinander fördern,
- Medien als Kommunikationsmittel zu nutzen und sich anderen mitzuteilen,
- die Förderung der Sprachkompetenz, da Kinder angeregt werden, eigene Geschichten zu erzählen,
- die Förderung der Medienkompetenz, da ein Blick hinter die Kulissen der Medien ermöglicht wird.

Zudem fördern Medienprojekte das Selbstwertgefühl der Kinder. Die Mädchen und Jungen sind stolz auf ihre Produkte und bekommen Anerkennung durch andere. ■

Der Autor arbeitet am JFF – Institut für Medienpädagogik in München und war hier in der Koordination der Kampagne „Startchance kita.digital“ tätig.

*Mit „Onion skinning“ wird ein Trickfilmverfahren bezeichnet, bei dem mehrere Bilder gleichzeitig zu sehen sind. Dadurch kann man die Bewegung der Figuren besser nachvollziehen und entscheiden, wie ein Bewegungsablauf animiert werden soll.

Mehr zu diesem Thema ist in dem Sammelband „Umriss einer Pädagogik des 21. Jahrhunderts im Kontext der Digitalisierung“, herausgegeben von Bernd Schorb, Anja Bensinger-Stolze, Fred Schell, Birgitta Dusse und Wolfgang Antritter, nachzulesen.

Weitere Informationen: gew.de/ew-5-23

„KAUM ZEIT FÜR FAIRE THEMEN“



FRANK HERRMANN,
BUCHAUTOR UND JOURNALIST

INTERVIEW: MARTINA HAHN
freie Journalistin

Mehr als 100 Vorträge vor Schulklassen hat der Buchautor und Journalist Frank Herrmann zu Kinderarbeit und Fairem Handel gehalten. Wie schafft man es, Schülerinnen und Schüler im Alter zwischen zwölf und 19 Jahren für solche komplexen Themen zu interessieren?

E&W: Herr Herrmann, bitte ein Tipp: Wie interessiert man Schülerinnen und Schüler für das Thema Kinderarbeit?

Frank Herrmann: Indem man ihnen den direkten Bezug zu den Produkten aufzeigt, die sie konsumieren. Viele Schülerinnen und Schüler sind schockiert und berührt,

wenn es um Kinderarbeit geht. Vor allem, wenn ich erkläre, in welchen Artikeln überall Kinderarbeit drinsteckt. Bei Kakao wissen das noch viele, bei Zahnpasta, Nagellack oder Shampoo schon nicht mehr. Dabei stammt das darin verarbeitete Mineral Glimmer oder Mica oft aus Steinbrüchen in Indien, in denen selbst Zehnjährige schuften.

E&W: Und was sollte man unbedingt vermeiden?

Herrmann: Besserwisserisch aufzutreten. Sie kommen bei diesem Thema nur dann glaubwürdig rüber, wenn Sie vor den Kindern das eigene Handeln, auch die eigenen Schwächen reflektieren. Ich erzähle also davon, wie gerne ich Second-Hand-Kleidung kaufe – aber auch, dass mein CO₂-Fußabdruck aufgrund meiner vielen Reisen ziemlich hoch ist. Wichtig ist auch das Eingeständnis, dass wir Erwachsenen einiges falsch gemacht haben und es immer noch tun. Man kann von jungen Menschen nicht erwarten, dass sie die Fehler ihrer Eltern und Großeltern ausbügeln.

E&W: Was ist Ihr Eindruck: Behandeln Lehrkräfte nachhaltige Themen ausreichend?

Herrmann: Das ist unterschiedlich und hängt von der Einzelperson und der jeweiligen Schule ab. Sieht die Lehrkraft Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Fairen Handel lediglich als Modeerscheinung oder als notwendiges Übel an? Oder hat sie verstanden, dass das Themen sind, die zu einer Priorität, einer Routine gemacht werden müssen? Es hängt aber auch davon ab, ob Lehrkräfte Freiräume bekommen, diese Themen zu entwickeln – auch in der Praxis, etwa für einen Besuch im Weltladen oder die Organisation von Kleidertauschpartys. Viele Lehrkräfte klagen, dass sie wegen des straffen, durchgetakteten Schulalltags zu wenig Zeit für nachhaltige und faire Themen haben. Da braucht es dringend eine Anpassung der Lehrpläne. Außerdem: Es ist toll, wenn Schulen besser mit Laptops ausgestattet werden – zugleich sollten Schülerinnen und Schüler aber wissen, unter welchen Umständen diese Geräte produziert werden.

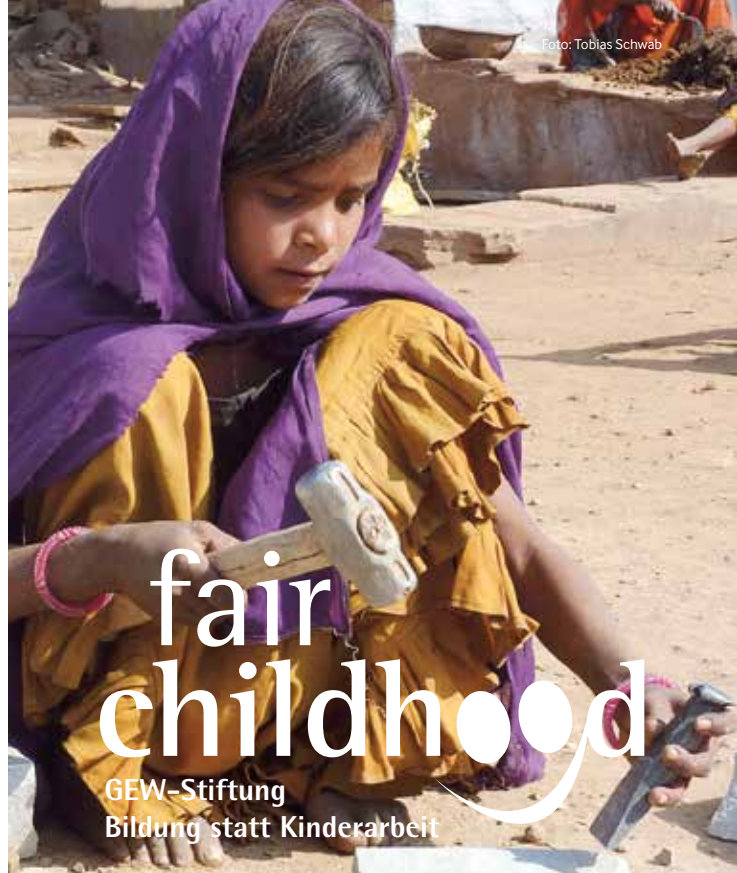
E&W: Mehr als 100 Vorträge – was hat Sie im Austausch mit den Schulklassen besonders überrascht?

Herrmann: Wie aufmerksam viele Schülerinnen und Schüler sind – eine Stunde Vortragszeit ist für sie ja alles andere als normal. Das bestätigen mir auch viele Lehrkräfte nach dem Vortrag. Der Trick ist, zwischendurch eine kurze Pause zu machen. Danach sind alle wieder aufnahmebereit. Mich überrascht auch, wie viele Fragen in der anschließenden Diskussionsrunde meist kommen.

E&W: Und was hat Sie besonders geschockt?

Herrmann: Wie tief viele Jugendliche in der Konsumwelt stecken. Wenn ich beispielsweise in meinem Vortrag zu nachhaltiger Kleidung den chinesischen Modekonzern Shein erwähne, geht meistens heftiges Gemurmel los. Während viele Jugendliche, vor allem Mädchen, schon beim weltgrößten Modekonzern eingekauft haben, kennen viele Lehrkräfte das Unternehmen nicht einmal. Shein vertreibt seine Produkte fast ausschließlich über soziale Netzwerke, und die Produkte sind alles andere als fair hergestellt: Die unglaublich niedrigen Preise weisen auf sehr schlechte Arbeitsbedingungen hin – auch Kinderarbeit lässt sich nicht ausschließen. Da ist eine parallele Konsumwelt entstanden, in der sich junge Menschen ganz natürlich bewegen, die Erwachsenen aber völlig unbekannt ist. ■

Weitere Infos zum Thema „Fair einkaufen – aber wie?": gew.de/ew-5-23



Kindern eine Kindheit geben

Mach mit! Unterstütze die Projekte der GEW-Stiftung *fair childhood*.

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00
BIC: BFSWDE33MUE

www.gew.de/internationales/fair-childhood

fair childhood ist eine Treuhandstiftung unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds

Ja, ich möchte mehr Informationen *fair childhood*.
Bitte sendet mir weitere Informationen zu.

E&W 05/2023

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

Bitte sende diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:

fair childhood
GEW-Stiftung „Bildung statt Kinderarbeit“
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main

fair childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit



Foto: privat

HEINZ DÖRR

UNERMÜDLICH, WEGWEISEND, BEHARRLICH

Am 9. März starb mit 95 Jahren Heinz Dörr, der langjährige Spiritus Rector der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien der GEW (AJuM).

Heinz Dörr arbeitete ab 1951 als Volksschullehrer. Für die Arbeit mit Kinder- und Jugendliteratur in der Schule war in dieser Zeit schon der Grundstein gelegt. Heinz Dörr kam aus einer Buchdrucker-Familie, in der dem Lesen breiter Raum gegeben wurde. Mehr als 30 Jahre lang wirkte er an Empfehlungsverzeichnissen wie dem „Buch der Jugend“ und später den „Taschenbuchtipp“ der AJuM mit. Dafür wählte er in einer Redaktion aus den vielen Rezensionen der Jugendschriftenausschüsse der AJuM jährlich viele Bücher aus. Ziel war immer, durch diese Publikationen Lehrkräfte bei der Auswahl der Klassenlektüre zu unterstützen.

Hinter all seinem Tun steckte – für viele unbemerkt – ein großer Arbeitsaufwand. Unterstützt von seiner Frau Anne galt es zum Beispiel, die Zentralkartei mit Tausenden Beurteilungen zu verwalten und Beurteilungsbücher zu verschicken. Legendär ist auch der Schatz aus AJuM-Publikationen und -Materialsammlungen in seinem Dachgeschoss. Wenn jemand auf eine neue Idee kam, war er der letzte, der dies abblockte. Aber: Neben der Sache selbst war ihm eine solide Finanzierung wichtig. Es ging ihm auch nicht darum, sich in den Vordergrund zu drängen.

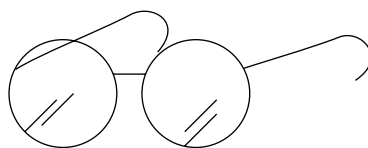
Wenn man rückblickend seinen Anteil am Bestand und der inhaltlichen Wirkung der AJuM ermessen wollte, dann trifft es wohl seine eigene Einschätzung besonders gut: „Ich [habe] meine Art eingebracht, indem ich versucht habe, die organisatorischen [Dinge], die Voraussetzungen zu schaffen, damit dann dieser äußere Rahmen inhaltlich gefüllt werden konnte. Sicher aber habe ich immer auch vorwärtsgetrieben.“ Das war eine Rolle, die er immer in der AJuM bewahrt hat.

Die AJuM verliert mit Heinz Dörr einen überzeugenden Förderer der Leseerziehung, einen unermüdlichen Kämpfer für gewerkschaftliche Bildungsarbeit und einen wegweisenden Pädagogen. Seine beharrliche Art, die Themen auf den Punkt und voran zu bringen, wird immer in Erinnerung bleiben.

WOLFGANG ANTRITTER

Mitglied im Gesamtvorstand der AJuM

MITGLIEDERFORUM



KEIN AMT FÜR MÄNNER UND DIVERSE?

(E&W 3/2023, SEITE 6 FF.: E&W-SCHWERPUNKT „GLEICHSTELLUNG IN DER BILDUNG“)

In der März-Ausgabe der E&W wird in ziemlicher Ausführlichkeit das Thema „Gleichstellung“ thematisiert. Dabei kommen etliche Gleichstellungsbeauftragte zu Wort – allesamt weiblich. Und immer wieder wird betont, dass Frauen für die Gleichstellung eintreten müssen, indem sie zum Beispiel das Amt der Gleichstellungsbeauftragten übernehmen. Männer oder Diverse sind wohl nicht mitgemeint – mitgemeint ist offenkundig, dass sie so etwas nicht können, eben weil sie Männer oder Diverse sind. Liebe gleichstellungsbeauftragte Frauen, erst wenn ihr dafür eintretet, dass auch m/d das besagte Amt anstreben sollten – ich meine wegen der sonst so vehement vertretenen Parität –, erst dann werdet ihr für mich mit eurem Anliegen glaubwürdig – vorher nicht.

Helmut Scheefer, Kassel

PEINLICHE PARTEILICHKEIT

Es ist geradezu verstörend, die Einschränkung der Sichtweise auf den gewiss sehr aktuellen Themenschwerpunkt „Gleichstellung in der Bildung“ festzustellen. Kein Wort zum Gleichstellungsbedarf auf Seiten des männlichen Geschlechts:

64 Prozent der Lehrer*innen in Vollzeit: weiblich;
87 Prozent der Lehrer*innen in Teilzeit: weiblich (wegen Diskriminierung?);
Abiturientenquoten der altersentsprechenden Bevölkerung: 46 Prozent weiblich, 35 Prozent männlich;
die Wahrscheinlichkeit, dass ein junger Mensch ein Spitzenabitur erreicht

(1,5 oder besser) verhält sich wie: 1 (männlich) zu 1,8 (weiblich);
Schulabgänger*innen ohne Abschluss: 62 Prozent männlich;
Anteil an Förderschulen: 65 Prozent männlich.

Bei welchem Geschlecht besteht also ein Bedarf an „Gleichstellung in der Bildung“? Wo sind die Gleichstellungsbeauftragten, die sich darum kümmern? In Westeuropa besteht jedenfalls in zwei Bereichen ein Gleichstellungsbedarf eher in Hinblick auf die Männer: bei der Bildung (bis zum Universitätsabschluss) und in der Gesundheit (unter anderem: Lebenserwartung). Bedient die Bildungsgewerkschaft GEW das Narrativ, nach dem ein Gleichstellungsbedarf ausschließlich mit Blick auf das weibliche Geschlecht besteht, weil ihre Mitglieder überwiegend weiblich sind?

Ich empfinde diese Art der Parteilichkeit eher als peinlich.

Christoph Müller, Karlsruhe

UNSINNIGE VORSCHRIFT

(E&W 3/2023, SEITE 20 FF.: „GLEICHUNG MIT VIELEN UNBEKANNTEN“)

In mehr als 40 Dienstjahren habe ich regelmäßig und mit Freude Chemie in der Sekundarstufe I unterrichtet. Neugierde und Interesse für die Naturwissenschaften zu wecken, geht meines Erachtens hauptsächlich durch eigenes Experimentieren.

In den vergangenen Jahren wurde das schülerzentrierte Experimentieren unglaublich durch die Einführung der Gefahrenbeurteilung (GBU) für jeden (!) Versuch erschwert. Die GBU gilt allerdings gleichermaßen für große Konzerne wie die BASF (Badische Anilin- und Sodafabrik) und den Chemieunterricht.

>>>

>>> Das ist unverhältnismäßig, verhindert Spontaneität und macht die Planung der Chemiestunden schwieriger. Im Unterricht werden seitdem häufig Videos gezeigt; auch weil so mancher Schulleitung die Verantwortung und Unterschrift unter die GBU zu riskant sind. Im Studium wird und wurde jede und jeder ausführlich darauf vorbereitet, Chemikalien einzusetzen. Die zusätzliche schriftliche Fixierung der Überlegung zu jeder Experimentierstunde in einer GBU ist hinderlich und ärgerlich. Es ist lachhaft, die Mengen, die im Chemieunterricht verwendet werden, gleichzusetzen mit denen in einem Industriebetrieb.

Das Interesse junger Menschen für die wunderbare Welt der Naturwissenschaften gewinnt nur, wer ihnen diese Welt öffnet – hauptsächlich durch eigenes Experimentieren.

Marianne Link, Heidelberg

UNVERANTWORTLICH

(E&W 3/2023, SEITE 26 FF.: „HAUSAUFGABEN SIND TOT“)

Wer sagt, „Hausaufgaben seien tot“, hat wohl noch nicht zur Kenntnis genommen, dass an die 30 Prozent der Grundschul Kinder am Ende des 4. Schuljahres in den alles bestimmenden Fächern Deutsch und Mathematik nur zu mangelhaften Leistungen fähig sind und somit wohl keine qualifizierte Schulbildung erfahren können, die sie am Ende zur Erlernung eines Berufes und zum selbstständigen Leben befähigt.

Die Gründe dafür sind allgemein bekannt: zu große Klassen, zu wenig Pädagogen, verkommene Schulgebäude, fehlende Deutschkenntnisse besonders bei Migrantenkindern, da in Kitas Plätze und Betreuer fehlen.

Ohne kontrollierbare Hausaufgaben werden Kinder nach dem Unterricht vor den Fernseher und anderes wenig intellektuell Wertvolles entlassen. Ein Anschlag auf die Seelen der Kinder, die sich dagegen nicht wehren können, zumal dann, wenn sie Schlüsselkinder sind!

Nun soll Künstliche Intelligenz (KI) in der Lage sein, quasi alle Fragen zu lösen, zu beantworten, auch solche zu Hausaufgaben jeglicher Art. Doch letztlich hängt die Beantwortung von den vorab eingegebenen Inhalten ab. Das öffnet der Manipulation Tür und Tor. Hinter der Entwicklung der KI stehen zudem zweifelhafte US-Milliardäre wie Elon Musk und der US-Konzern Microsoft.

Es ist und bleibt Aufgabe der Politik, eine Schule zu

ermöglichen, in der Schülerinnen und Schüler gerne gut und gemeinsam lernen, ohne dass inhaltlich manipulierbare Maschinen eingesetzt werden!

Ulrich Bald, Hagen

UNBEWIESENE BEHAUPTUNGEN

(E&W 4/2023, SEITE 6 FF.: „DER WEG ZUR RADIKALISIERUNG KANN SEHR KURZ SEIN“)

Der Artikel der Journalistin Jeannette Goddar zu „Radikalisierung durch Verschwörungserzählungen“ hat mich tief erschüttert! Die Autorin baut sich im Rahmen einer märchenähnlichen Darstellung einen ideologischen Gegner auf, der in der Realität überhaupt keine Bedeutung hat. Zum hundertsten Male geht es um „Außerirdische, Illuminaten oder Reptiloide“! Für wie weltfremd hält man unsere Jugendlichen eigentlich?

Wenn man sich nicht ausschließlich im Bereich der Märchen bewegen will, sollte man ernsthaft den Begriff der Verschwörung näher beleuchten. Denn die Geschichte der Menschheit ist voll von legalen und illegalen Verschwörungen.

In den jüngsten Jahrzehnten haben die Verschwörungen im Rahmen der „Brutkastenlüge“ 1990 in Kuwait, des „Hufeisenplans“ der Serben 1999 im Kosovo oder „der angeblichen Massenvernichtungswaffen im Irak“ 2003 traurige Berühmtheit erlangt, indem sie die Begründungen für militärische Invasionen gaben.

Der Artikel strotzt nur so von unbewiesenen Behauptungen. Auch eine kritische Einstellung der Schüler zum Klimawandel wird mit der Verschwörungsmentalität in Verbindung gebracht. Sagt die Autorin nicht selbst, dass die Förderung des Widerspruchs eine Kernaufgabe der Schule ist?! Wenn die Redaktion unbedingt meint, einen solchen weltfremden und bildungsfernen Artikel abdrucken zu müssen, dann soll sie bitte auch einen Gegenartikel veröffentlichen. Denn auch ich halte, hier herrscht ausnahmsweise Einigkeit mit Frau Goddar, den Widerspruch für eine Kernaufgabe der Schule.

Dieter Isensee, Berlin

VERBALER UNSINN

Es ist peinlich, wie der inflationäre und in der Regel falsche Gebrauch des Begriffs „rassistisch“ auch in der Zeitschrift einer Bildungsgewerkschaft um sich greift. Die Journalistin Jeannette Goddar schreibt, es gebe einen

„antimuslimische(n) Rassismus“. Was für ein verbaler Unsinn. Zum Rassismus gehört die Existenz von Rassen. Aber der Islam ist eine Religion und ganz gewiss keine Rasse. Also kann islamfeindliches Verhalten auch kein Rassismus ein.

Am Ende des Artikels verwendet Frau Goddar in Zusammenhang mit dem Attentat in Hanau den Begriff wieder völlig undifferenziert („mit rassistischen Vernichtungsphantasien“). Dass das Bundeskriminalamt ähnlich formuliert, macht die Sache nicht viel besser, denn Täter und Opfer gehörten derselben Rasse an. Deutsche, Türken, Kurden und Roma sind keine eigene(n) Rasse(n) – wenn man denn der Vorstellung, es gebe auf dieser Erde nicht nur eine Rasse, nämlich die menschliche, sondern mehrere, weiter anhängen will.

Und dann müsste jemand diese Rassen benennen und ihre Unterschiede definieren.

Bernd Hundertmark, Bad Pyrmont

Kontakt

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.

E-Mail: katja.wenzel@gew.de

Beiträge im Mitgliederforum spiegeln nicht die Meinung der Redaktion wider. Die Redaktion bittet darum, die Leserinnen- und Leserbriefe mit einer maximalen Textlänge von 1.200 Zeichen (inklusive Leerzeichen) einzusenden.

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen.

Anonym zugesandte Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

Ihre Anzeige in der E&W: **Tel. 0201/84300-0** · anzeigen@stamm.de



Mach deinen Garten zum Paradies ...

... für dich, Insekten, Vögel & Co.

Abonniere jetzt den NABU-Gartennewsletter für mehr Ideen und Tipps!
www.NABU.de/garten-newsletter



Foto: Frank Hecker

Die Quintenzirkeluhr

und viele Lehrmittel, 5% Rabatt erhalten als E&W-Leser*in mit dem Rabattcode: **EW23**

www.Uvds-Design.com
webshop.uvds-design.com




DAS PERMA-KIT

Anbauen mit Permakultur-Prinzipien

www.rocket-edu.de

Hamburg

Schülertouren

St. Pauli, Speicherstadt, Hafensrundfahrt
kiezjungs@gmail.com, T: 040-27872891

www.kiezjungs.com

Vermiete Nichtraucher-Ferienappartement (ca. 35 qm) Nähe Bad Bevensen (Jod-Sohle-Thermalbad mit Saunalandschaft/Salzgrotte). Kochgelegenheit, Duschbad/WC, Garten, Garage möglich ggn. Aufpreis (5 €/tägl.), Frühstück 10 €/Person, Max. 2 Personen, ab 2 Übern. 50 €/Tag (inkl. Endreinigung).

Doris Kopp **Tel.: 0175 - 7 32 77 32**



TOSKANA

Urlaub im BIO-Weingut.

Ferienhäuser, FEWOs, Zimmer mit HP, großen Pool in wundersch. Landschaft und exzellenter toskanischer Küche. Ermäßigung für GEW-Mitglieder!

Tel./Fax 0039-571-408041  
info@aglionni.it, www.aglionni.it

Andalusien

Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung. Für Wanderer ein Paradies.

T: 05171/16343 www.la-ruca.de

www.schulorganisation.com

**Dokumentation
Organisation
Rechtssicherheit**

 02521 29905-10

FL SCHULORGANISATION
Verlage Röttmann & Langenkämper

Beamendarlehen - Beamtenkredit 10.000 € - 120.000 €

■ Vorteilszins für dem öffent. Dienst
■ Umschuldung: Raten bis 50% senken
■ Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500
öD-Beratung seit 1976

Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

AK-Finanz.de Unser Tiefzins Echt sehr gut Kredite umschulden!

info@ak-finanz.de AK-Finanz Kapitalvermittlungs GmbH, E3, 11 Planken, 68159 Mannheim, Tel.: (0621) 178180-0

DIESMAL

Wir bieten jedem jungen Menschen
3 Hauptpflanzen,
0,003 Lehrkräfte und
0,000003 Therapeuten.

